

**Niederschrift**

zur 10. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 29. November 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstraße 1-3 in Leimen

- öffentlich -

<b><u>Beginn:</u></b>	18:30 Uhr	
<b><u>Ende:</u></b>	21.30 Uhr	
<b><u>Vorsitz:</u></b>	Oberbürgermeister Reinwald Bürgermeisterin Felden	ab 20.55 Uhr
<b><u>Stadträte:</u></b>	Dr. Anselmann, Peter Appel, Hans Bader, Richard Baumann, Ursula Eckl, Ulrike Feuchter, Klaus Frühwirt, Ralf Hassenpflug, Christa Kohr, Jürgen Krauth, Wolfgang Kühner, Anita Leiner, Maja Lindenbach, Bruno Lindner, Werner Mattheier, Christiane Neininger-Röth, Claudia Reinig, Michael Dr. Sandner, Peter Sauerzapf, Anja Dr. Scheurich, Gerhard Stern, Wolfgang Unverfehrt, Dietrich Woesch, Rudolf	bis 19.35 Uhr
<b><u>Entschuldigt:</u></b>	Agena, Dirk Kurz, Mathias Sterzenbach, Dieter	dienstlich verhindert dienstlich verhindert verstorben

**Von der Verwaltung:**

- 1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold
- 1.2 Stadtamtsrätin Lutz
- 2 Stadtoberverwaltungsrat Veith  
Angestellter Dörfer
- 3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
- 6 Stadtoberamtsrat Gora
- 8 Angestellter Kuhn  
Forstoberinspektor Reinhard
- 14 Stadtoberamtsrat Heinzmann

Stadtamtsrat Ullrich  
-Protokollführer-

## TAGESORDNUNG

zur 10. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 29. November 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstr. 1-3 in Leimen

- öffentlich -

1. **Fragestunde**
2. **Protokolle**  
- Protokollbeurkundung  
- Benennung von Urkundspersonen
3. **Forst** 91/2018  
Verabschiedung des Hiebs- und Kulturplans 2019
4. **Eigenbetrieb Wasserwerk** 92/2018  
Wassergebühren 2019
  - Gebührekalkulation 2019
  - Festsetzung der Gebühren 2019
5. **Eigenbetrieb Wasserwerk** 93/2018  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019
6. **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** 94/2018  
Abwassergebühren 2019
  - Gebührekalkulation 2019
  - Festsetzung der Gebühren 2019
7. **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** 95/2018  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019
8. **Eigenbetrieb Technische Betriebe Leimen** 96/2018  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019
9. **Eigenbetrieb Bäderpark** 97/2018  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019
10. **Haushalt 2019** 98/2018  
Verabschiedung des Haushalts 2019
11. **Sanierung „Ortsmitte“ Gauangelloch** 99/2018  
Beauftragung der KE zur vorbereitenden Untersuchung Stufe 1
12. **Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019** 100/2018  
Höhe der Entschädigung, Einteilung der Wahlhelfer und Wahlbezirke
13. **Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019** 101/2018  
Wahl der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses

- |            |  |          |
|------------|--|----------|
| <b>14.</b> | <b>14. Vereinszuschussprogramm 2018-2020</b><br>Neuaufnahme Vereine            | 102/2018 |
| <b>15.</b> | <b>Kindertagesstätte</b><br>Einrichtung eines Schülerhorts                     | 103/2018 |
| <b>16.</b> | <b>Feststellung von Hinderungsgründen</b><br>Nachrücken eines neuen Mitgliedes | 104/2018 |
| <b>17.</b> | <b>Haushalt</b><br>Annahme von Zuwendungen § 78 IV GemO                        | 105/2018 |
| <b>18.</b> | <b>Verschiedenes</b>   |          |

Oberbürgermeister Reinwald begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er erinnert mit einem kurzen Nachruf an den am 29. Oktober verstorbenen Stadtrat Dieter Sterzenbach, zu dessen Andenken sich alle Anwesenden zu einer Gedenkminute erheben. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

## 1. Fragestunde

Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand der Notunterkünfte und beklagt die ihr gegenüber herrschende Aggressivität eines Mitbewohners.

Oberbürgermeister Reinwald antwortet, dass eine Änderung des Bebauungsplanes erst für 2019 vorgesehen sei, derzeit liege noch kein entsprechender Gemeinderatsbeschluss vor. Hinsichtlich der Klage bittet er um ein Vier-Augen-Gespräch.

Frau Lisa Bauer übergibt eine Unterschriftenliste zum Ausbau der Radwege um Gauangelloch.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, dass dies seit Jahren ein Thema sei. Zunächst müsse aber das Kreisradwegkonzept fertig sein, um entsprechende Fördergelder zu erhalten. Er dankt für die Liste, diese sei ein wertvoller Helfer.

## 2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald ruft das Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2018 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Bader und Baumann. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Dr. Anselmann und Lindenbach benannt.

## 3. Forst

91/2018

Verabschiedung des Hiebs- und Kulturplans 2019

Oberbürgermeister Reinwald verweist auf die stattgefundene Waldbegehung und erläutert den Sachstand.

Stadtrat Frühwirt

dankt allen Beteiligten, denen sehr gute Arbeit bescheinigt wurde. Seine Fraktion sei mit dem vorgelegten Plan einverstanden. Es sei ein schwieriger Sommer mit großem Wassermangel gewesen, was auf den Klimawandel zurückzuführen sei. Man müsse daher immer mehr auf Nachhaltigkeit achten, was auch die Zusammensetzung des Waldes beinhalte. Möglicherweise müsse man sogar über eine Bewässerung

nachdenken. Unter all diesen Bedingungen sei ein finanzieller Ertrag in absehbarer Zeit nicht mehr zu erwarten.

Stadträtin Baumann

bezeichnet die Waldbegehung als sehr informativ, auch seien die Ergebnisse sehr erfreulich.

Stadtrat Appel

dankt ebenfalls für die erhaltenen Informationen, der Vorlage stimme seine Fraktion zu. Allerdings bittet er um passende Maßnahmen, um rücksichtslose Radfahrer im Wald möglichst aufhalten zu können.

Stadtrat Woesch

kann der Vorlage ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Feuchter

lobt die gute Arbeit des Försters. Es gehe hierbei um Investitionen für spätere Generationen, die heutige Situation berge jedoch viele Risiken.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss  
(Kennwort: Forst)**

1. Der Forsteinrichtung 2019 - 2028 wird zugestimmt.
2. Dem Hiebs- und Kulturplan 2019 wird zugestimmt.

*Die Tagesordnungspunkte 4 bis 9 werden zusammen behandelt und als Paket abgestimmt.*

Angestellter Kuhn

stellt die Präsentation zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vor und erläutert diese.

Stadtrat Dr. Anselmann

würdigt das umfangreiche Zahlenwerk, das gut dargestellt worden sei. der große Punkt sei der Bäderpark. Da man sich aber für seinen Erhalt entschieden habe, müsse man auch das Defizit in Kauf nehmen. Weniger als 1,75 Mio. € sei aber nicht erreichbar, dies müsse man wissen.

Stadtrat Dr. Sandner

betont, dass man das eingeräumte Ermessen ausgeübt und daher die getroffenen Entscheidungen für alle Vorlagen bestätigen könne. Seine Fraktion stimme den Vorlagen zu.

Stadtrat Frühwirt

betont die Wichtigkeit der öffentlichen Debatte. Seine Vorredner hätten bereits alles Wichtige gesagt und bis auf kleinere Details sei man sich einig. Die Verschuldung steige weiter an, man müsse zukünftig auch die Höhe der Konzessionsabgabe prüfen.

Stadtrat Woesch

stimmt für seine Fraktion den Prognosen zu, das eingeräumte Ermessen habe man bei allen Vorlagen pflichtgemäß ausgeübt.

Stadtrat Feuchter

dankt für die geleistete Arbeit. Die Steigerungen um rund 7% seien den höheren Anforderungen geschuldet und auch durch höhere Leistungen entstanden. Den Bäderpark zu schließen, sei sinnlos, da die Verpflichtungen trotzdem weiterbeständen, nur die Einnahmen entfielen dann. Seine Fraktion stimme den Vorlagen zu.

- 4. Eigenbetrieb Wasserwerk** 92/2018  
 Wassergebühren 2019
- Gebührenkalkulation 2019
  - Festsetzung der Gebühren 2019

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Wasserwerk)**

1. Dem Gemeinderat liegt die Gebührenkalkulationen Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2019 vollständig vor. Der Gemeinderat macht sich den Inhalt der Kalkulation einschließlich des Erläuterungstextes zu Eigen und beschließt sie komplett.  
 Er bestätigt die dort vorgenommenen Ermessens- und Prognoseentscheidungen und beschließt diese ausdrücklich.  
 Insbesondere werden folgende Festlegungen getroffen:
  - a) Die der Gebührenkalkulation zugrunde gelegten Abschreibungen werden aus dem Anlagenachweis des Eigenbetriebes Wasserwerk zum Stand 31.12.2017 mit Fortschreibung bis 2019 übernommen.
  - b) Es werden die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen angesetzt.
  - c) Der Gemeinderat beschließt als Bemessungsgrundlage für die Wasserversorgung für das Jahr 2019 1.247.000 m<sup>3</sup> jährlich.
  - d) Für das Jahr 2019 wird eine Konzessionsabgabe in Höhe von 190.000 € angesetzt.
  - e) Der Gemeinderat setzt folgende Gebühren fest: Wasserversorgungsgebühr für das Wasserwerk 2,34 €/m<sup>3</sup> Grundgebühren,  
 die sich nach folgenden Zählergrößen staffeln:
 

cbm/Std.:	2,5	6	10	15	40	60
€/Monat:	5,23	13,09	20,94	31,41	209,39	240,80
2. Dem Erlass der Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung zum 01.01.2019 wird zugestimmt.
3. Mit ihrer Ausfertigung wird die Betriebsleitung beauftragt.

- 5. Eigenbetrieb Wasserwerk** 93/2018  
 Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Wasserwerk)**

1. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgesetzt
 

im Erfolgsplan beim Ertrag auf	3.873.900 €
und beim Aufwand auf	3.679.900 €

und damit mit einem Gewinn von	194.000 €
im Vermögensplan bei den Einnahmen	
und den Ausgaben auf je	2.682.600 €
bei den Verpflichtungsermächtigungen mit	720.000 €
Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für	
Investitionen (Kreditermächtigung) wird auf	1.694.900 €
festgesetzt.	
Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite wird auf	1.300.000 €
festgesetzt.	

2. Von der Finanzplanung des Eigenbetriebs für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 wird Kenntnis genommen.
3. Der Durchführung der Baumaßnahme „Theodor-Heuss-Straße“ zwischen Weberstraße und Leimbachstraße wird vorbehaltlich der Genehmigung des Wirtschaftsplans 2019 durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Karlsruhe) zugestimmt (Baubeschluss).
4. Die Betriebsleitung wird ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
5. Der Betriebsausschuss und der Gemeinderat sind von der Vergabe zu informieren.
6. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E. Schulz, Hirschberg wird zugestimmt.

6. **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** 94/2018  
 Abwassergebühren 2019
- Gebührenkalkulation 2019
  - Festsetzung der Gebühren 2019

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung)**

1. Dem Gemeinderat liegen die Gebührenkalkulationen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung für das Kalkulationsjahr 2019 vollständig vor. Der Gemeinderat macht sich den Inhalt der Kalkulationen einschließlich des Erläuterungstextes und der Verteilerschlüssel zu Eigen und beschließt sie komplett. Er bestätigt die dort vorgenommenen Ermessens- und Prognoseentscheidungen und beschließt diese ausdrücklich.

**Insbesondere werden folgende Festlegungen getroffen:**

- a) Die der Gebührenkalkulation zugrunde gelegten Abschreibungs- und Auflösungsbeträge sowie Restbuchwerte werden aus den fortgeschriebenen Anlagenachweisen der Stadt bzw. Stadtwerke Leimen zum 31.12.2019 übernommen.
- b) Es werden die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen angesetzt.
- c) Die kalkulatorischen Kosten sowie die laufenden Kosten und Einnahmen aller Abwasseranlagen werden nach den in der Gebührenkalkulation dargestellten Verteilerschlüsseln auf die Bereiche Schmutzwasserbeseitigung, Niederschlagswasserbeseitigung und Straßenentwässerung aufgeteilt.
- d) Der Gemeinderat beschließt als Bemessungsgrundlage für die Schmutzwasserbeseitigung eine Abwassermenge von 1.190.000 m<sup>3</sup>.



- e) Bei der Niederschlagswasserbeseitigung wird die abflussrelevante Fläche von 1.477.000 m<sup>2</sup> als Bemessungsgrundlage festgesetzt.
- f) Der Gemeinderat beschließt die Einstellung der anteiligen saldierten Überdeckungen aus vorangegangenen Haushaltsjahren in Höhe von insgesamt 287.000,00 €. Dadurch wird der Gebührenzahler in 2019 entlastet. Der Gemeinderat beschließt die Einstellung eines Jahresgewinnes in Höhe von 50.000 €. Dadurch wird der Gebührenzahler in 2019 belastet, um einen Teil des Jahresverlustes 2017 auszugleichen.
- g) Der Gemeinderat setzt für 2019 folgende Gebühren fest:
- |  |                             |
|--|-----------------------------|
| <b>Schmutzwasserbeseitigung</b>                                | <b>1,62 €/m<sup>3</sup></b> |
| <b>Schmutzwasserbeseitigung (Klärbereich, Direkteinleiter)</b> | <b>0,80 €/m<sup>3</sup></b> |
| <b>Niederschlagswasserbeseitigung</b>                          | <b>0,49 €/m<sup>2</sup></b> |
2. Über- und Unterdeckungen werden vorgetragen und mit künftigen Unter- und Überdeckungen ausgeglichen. Es erfolgt kein Ausgleich durch den städtischen Haushalt.
3. Dem Erlass der Satzung zur Änderung der Abwassersatzung zum 01.01.2019 wird zugestimmt.
4. Mit ihrer Ausfertigung wird die Betriebsleitung beauftragt.
- 7. Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** 95/2018  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung)**

1. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgesetzt
- |   |             |
|---|-------------|
| im Erfolgsplan beim Ertrag auf                      | 3.908.000 € |
| und beim Aufwand auf                                | 3.858.000 € |
| und damit mit einem Gewinn von                      | 50.000 €    |
| im Vermögensplan bei den Einnahmen                  |             |
| und den Ausgaben auf je                             | 5.344.500 € |
| bei den Verpflichtungsermächtigungen mit            | 1.170.000 € |
| Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für            |             |
| Investitionen (Kreditermächtigung) wird auf         | 4.071.800 € |
| festgesetzt.  |             |
| Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite wird auf | 1.100.000 € |
| festgesetzt.  |             |
2. Von der Finanzplanung des Eigenbetriebs für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 wird Kenntnis genommen.
3. Der Durchführung der Baumaßnahmen "Theodor-Heuss-Straße" und „Kanalsanierung und Unterhaltung“ wird vorbehaltlich der Genehmigung des Wirtschaftsplans 2019 durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Karlsruhe) zugestimmt (Baubeschluss).
4. Die Betriebsleitung wird ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
5. Der Betriebsausschuss und der Gemeinderat sind von der Vergabe zu informieren.
6. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E. Schulz, Hirschberg wird zugestimmt

**8. Eigenbetrieb Technische Betriebe Leimen**  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019

96/2018

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Technische Betriebe Leimen)**

1. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgesetzt
 

im Erfolgsplan beim Ertrag auf	4.094.800 €
und beim Aufwand auf	4.091.800 €
und damit mit einem Gewinn von	3.000 €
im Vermögensplan bei den Einnahmen	
und den Ausgaben auf je	709.600 €
bei den Verpflichtungsermächtigungen mit	0 €
Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für	
Investitionen (Kreditermächtigung) wird auf	483.800 €
festgesetzt.	
Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite wird auf	818.000 €
(= 19,98 % der Einnahmen des Erfolgsplanes) festgesetzt.	
2. Von der Finanzplanung des Eigenbetriebs für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 wird Kenntnis genommen.

**9. Eigenbetrieb Bäderpark**  
Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2019

97/2018

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Eigenbetrieb Bäderpark)**

1. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgesetzt
 

im Erfolgsplan beim Ertrag auf	346.200 €
und beim Aufwand auf	2.099.300 €
und damit mit einem Verlust von	1.753.100 €
im Vermögensplan bei den Einnahmen	
und den Ausgaben auf je	2.430.500 €
bei den Verpflichtungsermächtigungen mit	0 €
Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für	
Investitionen (Kreditermächtigung) wird auf	0 €
festgesetzt.	
Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite wird auf	500.000 €
festgesetzt.	
2. Von der Finanzplanung des Eigenbetriebs für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 wird Kenntnis genommen

**10. Haushalt 2019**

98/2018

## Verabschiedung des Haushalts 2019

Oberbürgermeister Reinwald  
hält seine Haushaltsrede (Anlage 1).

Stadtrat Bader  
hält die Haushaltsrede der CDU-Fraktion (Anlage 2).

*Stadtrat Dr. Scheurich verlässt um 19.35 Uhr die Sitzung.*

Stadtrat Dr. Sandner  
hält die Haushaltsrede der SPD-Fraktion (Anlage 3).

Stadtrat Frühwirt  
hält die Haushaltsrede der GALL-Fraktion (Anlage 4).

Stadtrat Woesch  
hält die Haushaltsrede der FW-Fraktion (Anlage 5).

Stadtrat Feuchter  
hält die Haushaltsrede der FDP-Fraktion (Anlage 6).

Mit 3 Nein-Stimmen (Stadträte Frühwirt, Hassenpflug und Leiner) und 2 Enthaltungen (Stadträte Krauth und Reinig) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Haushalt 2019)**

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019 wird verabschiedet.

**Haushaltssatzung der Stadt Leimen**  
**für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 29.11.2018 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 beschlossen.

**§ 1**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

...dem Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von	83.364.200 €
a) davon im <b>Verwaltungshaushalt</b>	66.300.550 €
und im <b>Vermögenshaushalt</b>	17.063.650 €
b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ( <b>Kreditermächtigungen</b> ) in Höhe von	3.600.000 €
c) dem Gesamtbetrag der <b>Verpflichtungsermächtigungen</b> in Höhe von	11.870.000 €

## § 2

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird auf **15.000.000 €** festgesetzt.  
(= 22,62% des VwH)

## § 3

Die **Hebesätze** werden wie folgt festgesetzt:

- die Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 400 von Hundert
  - b) für die übrigen Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 von Hundert
- die Gewerbesteuer auf 380 von Hundert

## § 4

Der dem Haushaltsplan beigefügte **Stellenplan** ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

Leimen, den 29.11.2018

Für den Gemeinderat:  
Oberbürgermeister  
Hans D. Reinwald

### 11. Sanierung „Ortsmitte“ Gauangelloch 99/2018 Beauftragung der KE zur vorbereitenden Untersuchung Stufe 1

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Vorlage, eine Ausweitung um den Angelbach sei vorgesehen.

Stadtrat Feuchter  
bittet darum, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ergänzen.

Stadträtin Baumann  
ist der Auffassung, dass das dortige Engagement der Bürgerinnen und Bürger Anerkennung verdiene.

Stadtrat Bader  
kann sich dem nur anschließen, auch seine Fraktion sehe die Angelegenheit positiv.

*Bürgermeisterin Felden nimmt ab 20.55 Uhr an der Sitzung teil.*

Stadtrat Frühwirt  
ist der Meinung, das aktive Bürger erforderlich seien, um ein Leitbild zu installieren, dies sei eine spannende Sache.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Sanierung „Ortsmitte“ Gauangelloch)**

Die Kommunalentwicklung (KE) wird gem. Angebot vom 23.08.2018 damit beauftragt, die Vorbereitenden Untersuchungen (VU, Stufe 1), das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) mit Antragstellung sowie die Fortschreibung der Entwicklungsstrategie (Leitbildprozess) für das zukünftige Sanierungsgebiet „Ortsmitte“ Gauangelloch einschließlich des gesamten Angelbachs durchzuführen.

**12. Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019** 100/2018  
Höhe der Entschädigung, Einteilung der Wahlhelfer und Wahlbezirke

Oberbürgermeister Reinwald schildert die Sachlage.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019)**

1. Die Entschädigung für die Tätigkeit bei der Europawahl beträgt 25 € für alle Mitglieder des Wahlvorstands.
2. Die Entschädigung der Wahlhelfer für die Kommunalwahlen erfolgt gemäß der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit. Der Tagessatz beträgt 40 €. Insgesamt wären dies 120 € für die Anwesenheit bei der Wahlhelferschulung, am Wahlsonntag und der Auszählung am Montag.
3. Die Parteien und Wählervereinigungen werden gebeten, Wahlhelfer vorzuschlagen.
4. Die Wahlbezirkseinteilung wird gegenüber der Bundestagswahl und dem Bürgerentscheid vom 24.09.2017 nicht verändert. Die Zahl der Briefwahlbezirke wird von vier auf fünf erhöht.

**13. Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019** 101/2018  
Wahl der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses

Oberbürgermeister Reinwald verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage mit den Namensvorschlägen.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019)**

1. Der Gemeindewahlausschuss besteht aus fünf Mitgliedern und fünf Stellvertretern.
2. Jede Fraktion hat das Vorschlagsrecht für ein Mitglied und einen Stellvertreter:.  
CDU: Hans Schwegmann, Vertreter Hartmut G. Hoog  
SPD: Wolfgang Krauth, Vertreter Laszlo Rajki  
GALL: Sigrid Ruder, Vertreterin Petra Scheurig  
FW: Werner Hofmann, Vertreterin Renate Woesch

FDP: Dr. Gerhard Scheurich, Vertreter Tobias Lindenbach

3. Der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Walter Stamm, wird vorsorglich zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses gewählt.

**14. 14. Vereinszuschussprogramm 2018-2020**  
Neuaufnahme Vereine

102/2018

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Vorlage.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**

**(Kennwort: 14. Vereinszuschussprogramm 2018-2020)**

1. Der Aufnahme des Vereins „Gauangelloch Gemeinsam Gestalten e.V.“ mit Anspruch auf Sachleistungen zum 1. Januar 2019 wird zugestimmt.
2. Der Aufnahme des Vereins „Förderverein des Comenius Kindergartens e.V.“ mit Anspruch auf Sachleistungen zum 1. Januar 2019 wird zugestimmt.
3. Der Aufnahme des Vereins „Förderverein für GV Liedertafel 1896 Leimen e.V.“ mit Anspruch auf Sachleistungen zum 1. Januar 2019 wird vorbehaltlich der Eintragung ins Vereinsregister und der Einreichung der endgültigen Unterlagen bei der Verwaltung zugestimmt.

**15. Kindertagesstätte**  
Einrichtung eines Schülerhorts

103/2018

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Vorlage.

Stadtrat Reinig

freut sich über den Vorschlag und stimmt den Angeboten zu. Der Bedarf sei vorhanden.

Stadträtin Mattheier

stimmt dem Vorschlag ebenfalls zu. Der Bedarf bestehe schon länger und die Maßnahme sei sinnvoll.

Stadträtin Neininger-Röth

kennt den Bedarf und stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Dies sei aber nur ein Anfang, denn es seien noch mehr Plätze nötig. Das Friedrichstift sei ein kompetenter Partner, mit dem man gut zusammenarbeite.

Stadtrat Woesch

begrüßt ebenfalls die Maßnahme, seine Fraktion stimme ihr zu.

Stadtrat Feuchter

erklärt, dass die kommende Gemeinschaftsschule eine Ganztagesbetreuung anbieten wollte, um den Bedarf ab, jetzt sei plötzlich eine weitere Ganztagesbetreuung erforderlich. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar. In der Otto-Graf-Realschule seien

nachmittags Räume frei. Er stelle daher den Antrag, die Platzmöglichkeiten in der Schule zu prüfen, um die Betreuung dort durchführen zu können.

Oberbürgermeister Reinwald

sieht hier Mißverständnis. Der Runde Tisch habe eine Nachmittagsbetreuung in der Otto-Graf-Realschule haben wollen, diesem Wunsch sei man einstimmig gefolgt. Die Betreuung in der Gemeinschaftsschule sei nur für die Grundschüler gedacht und das auch erst später. Der Bedarf bestehe aber bereits jetzt, weshalb man diese Einrichtung anbieten wolle.

Stadtrat Feuchter

ist der Auffassung, dass die Betreuung in der Realschule erfolgen solle, evtl. auch in der Amtsverwaltung St. Ilgen. Man solle nicht für teures Geld in fremde Räume ausweichen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass man die Möglichkeiten in der Realschule gerne prüfen werde. Der Mörikeweg liege aber idealerweise genau zwischen den beiden Schulen und sei so von beiden gut erreichbar.

Mit 2 Ja-Stimmen (Stadträte Feuchter und Lindenbach) und 2 Enthaltungen (Stadträte Frühwirt und Unverfehrt) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Kindertagesstätte)**

Der Antrag der FDP-Fraktion, zunächst vorhandenen Platz für einen Hort in der Otto-Graf-Realschule zu ermitteln, wird abgelehnt.

Mit 2 Nein-Stimmen (Stadträte Feuchter und Lindenbach) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Kindertagesstätte)**

Der Einrichtung einer integrativen Kindertagesstätte (Schülerhort) im Mörikeweg 1, 1. OG, wird zugestimmt.

**16. Feststellung von Hinderungsgründen**  
Nachrücken eines neuen Mitgliedes

104/2018

*Stadträtin Kühner erklärt sich für befangen und nimmt im Zuschauerraum Platz.*

Oberbürgermeister Reinwald  
schildert den Sachverhalt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Feststellung von Hinderungsgründen)**

1. Es wird festgestellt, dass keine Hinderungsgründe gegen das Nachrücken von Frau Christine Schilling in den Gemeinderat vorliegen.
2. Frau Christine Schilling wird in der Sitzung vom 13. Dezember 2018 auf ihr Amt verpflichtet.

**17. Haushalt**

105/2018

Annahme von Zuwendungen § 78 IV GemO

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Vorlage.  
Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Haushalt)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

**18. Verschiedenes**

Oberbürgermeister Reinwald  
weist noch einmal auf die am 5. Dezember stattfindende Informationsveranstaltung zur Forstbewirtschaftung im Rose-Saal hin. Des Weiteren betont er noch einmal die Wichtigkeit der Neutralität der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses und bittet alle Betroffenen, hierauf besonders zu achten.

Stadtrat Feuchter  
bemängelt, dass durch die Einrichtung einer Fahrradflickstation auf dem Marktplatz in Gauangelloch ein Parkplatz weggefallen ist. Hier hätte man einen anderen Platz finden sollen.

Oberbürgermeister Reinwald  
antwortet, dass man dies in Betracht gezogen habe, man aber keinen besseren Platz gefunden habe. Alle anderen Alternativen habe man aus den verschiedensten Gründen verwerfen müssen.



Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 21.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

Ullrich  
Protokollführer

---

Reinwald  
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

---

Stadtrat Dr. Anselmann

---

Stadtrat Lindenbach

## Anlage 1: Haushaltsrede Oberbürgermeister Hans Reinwald

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie seine vielen Vorgänger ist auch dieser nun vorliegende Haushaltsentwurf für 2019 ein realistischer Entwurf, der sich auf das beschränkt, was wir umsetzen können und wollen.

Verwaltung und Gemeinderat sind in vielen Sitzungen zu diesem nun vorliegenden Ergebnis gekommen. Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten für ihre sachlichen, fairen und konstruktiven Beiträge danken. Die intensiven Diskussionen haben gezeigt, dass sich alle Beteiligten unserer gemeinsamen Verantwortung für unserer Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger bewusst sind.

Lassen Sie mich kurz die wichtigsten gerundeten **Eckdaten** skizzieren.

Der **Gesamthaushalt** 2019 hat ein Volumen von **83,3 Mio. €**, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von fast **9%** entspricht. Davon entfallen auf den **Verwaltungshaushalt 66,3 Mio. €**, im **Vermögenshaushalt** haben wir rund **17 Mio. €** für die notwendigen Investitionen zur Verfügung.

Diese Investitionen werden dringend benötigt, um unsere Infrastruktur auf einem guten Stand zu bringen bzw. dort zu halten. Stadtkernsanierung, Gewerbegebiet Süd II einschließlich des dazugehörenden Kreisels, der Ausbau der Breitbandversorgung, Feuerwehr, Straßen wie die St.-Ilgener-Straße und der dritte Abschnitt der Theodor-Heuss-Straße, Gemeinschaftsschule und Kindergarten - es spannt sich auch 2019 wieder ein breites Band der kommunalen Ausgaben.

Insgesamt werden wir rund 10 Mio. € für Baumaßnahmen ausgeben, eine immense Summe, an der wir aber nicht vorbeikommen, wenn wir zukunftsfähig bleiben wollen. Wir müssen offensiv in unsere Infrastruktur investieren, sonst verlieren wir den Anschluss in der prosperierenden Metropolregion.

Daher haben wir neben der Entnahme aus der Rücklage von rund 4,5 Mio. € auch eine Kreditaufnahme von 3,6 Mio. € vorgesehen.

Das ist uns allen nicht leicht gefallen, aber die vor uns liegenden Herausforderungen machen es erforderlich. Ich habe bereits im vergangenen Jahr darauf verwiesen, dass wir den Standort Leimen stärken und die Attraktivität unserer Stadt steigern müssen. Daran hat sich nichts geändert und daran wird sich auch in den kommenden Jahren sicher nichts ändern. Alle nun eingeplanten Ausgaben dienen diesem übergeordneten Ziel. Wir setzen nur das dazu Erforderliche um, vieles Wünschenswerte ist bei den zahlreichen Beratungen auf der Strecke geblieben. Ich betone dies deshalb, weil wir natürlich mit zahlreichen, meist auch durchaus berechtigten, Wünschen konfrontiert werden. Hier zeigt sich die heute noch gültige Wahrheit, die dem britischen Minister Anthony Eden einen tiefen Seufzer abrang: „Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigebigkeit im Besonderen.“

Im Mittelpunkt stehen 2019 die wichtigen Bereiche Jugend und Bildung, nämlich den Ludwig-Uhland-Kindergarten und die Schulen. 500.000. € werden wir für die Neubauten der Geschwister-Scholl-Schule ausgeben, weitere 2,1 Mio. € für die Sanierung der Otto-

Graf-Schule. Wir werden dabei nicht nur mit der neuen Schulform „Gemeinschaftsschule“ die Attraktivität Leimens stärken und damit einen wichtigen „weichen“ Standortfaktor kreieren, sondern auch mit der Sanierung der Realschule für die dortigen Schüler und Lehrkräfte ein modernes Lernumfeld schaffen.

Ein wichtiger Meilenstein für unsere Stadt ist auch das Gewerbegebiet Süd bzw. der Kreisel, der das Gebiet erschließen soll. Für diese Anbindung an die B 3 haben wir 1,85 Mio. € vorgesehen. Für die Sanierung der Straße „Im Bubenwingert“ sind 400.000 € eingeplant. Weitere 850.000 € fließen in die Stadtkernsanierung, eine halbe Million in die Sanierung des denkmalgeschützten St. Ilgener Rathauses und 150.000 € ein schnelles Internet. Letzteres ist unabdingbar, wenn wir im Wettbewerb um neue Firmen mithalten wollen.

Lassen Sie mich mit einem alten, aber immer noch zutreffenden Werbespruch schließen: „Es gibt viel zu tun, packen wir es an.“ Wir können es uns nicht erlauben, etwas liegen zu lassen!

Mein Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere natürlich Bernd Veith und Jens Dörfer von der Kämmerei und an unsere Finanzdezernentin, Bürgermeisterin Claudia Felden, an Sie, die Mitglieder des Gemeinderates, aber vor allem auch an alle unsere Bürger, Unternehmer, Gewerbetreibenden und alle Steuerzahler, ohne deren Fleiß wir heute Abend über nichts zu verfügen hätten.

Ich bitte Sie nun um Zustimmung für diesen Haushalt und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 2: Haushaltsrede der CDU-Fraktion, Stadtrat Richard Bader

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,**

der Haushalt 2019 besticht durch Plan- Investitionen, **die zielgerichtet über 2019 hinaus für eine gute Zukunft Leimens stehen.**

Deshalb ist dieser Haushalt auch **zwingend** mit der mittelfristigen Finanzplanung - **zunächst mal bis 2022** - zu sehen!

**Vorerst zum Haushaltsplan 2019:**

Die Finanzierung **der Investitionsvorhaben i.H. von rd. 10,1 Mio. € für 2019** ist für Leimen **mit verhältnismäßig niedriger Steuerkraft** nicht ganz so einfach. **Das gute Haushaltsjahr 2017 ist leider Geschichte!**

Die für den Investitionshaushalt zu erwirtschaftende Zuführungsrate aus dem Verwaltungshaushalt **wird planerisch nur rd. 20% der Investitionen ausmachen**, der größere Anteil wird sich **nach der vorliegenden Planung** -> aus **Kreditaufnahmen, Investitionszuschüssen** und **Rücklagenentnahmen** finanzieren.

**Da die letzten Einschätzungen für Konjunktur- und Wirtschaftsentwicklung nicht ganz so optimistisch waren und die Orientierungsdaten vom Land dies widerspiegeln**, hat die Verwaltung **die Einnahmen in Steuern und Zuweisungen** vorsichtig und konservativ angesetzt.

Zusammen mit den steigenden Personalausgaben – **insbesondere im Kinderbetreuungsbereich** sowie **unseren hohen Unterhaltungs- u. Bewirtschaftungskosten**, fällt **die Plan-Zuführungsrate** eben entsprechend niedrig aus.

**Manch einer mag die die Höhe der geplanten Kreditaufnahmen für 2019 mit 3,6 Mio. € kritisch betrachten.**

In den folgenden drei Jahren **werden aber die erforderlichen Kreditaufnahmen höher ausfallen - weil**, Investitionen auf diese Folgejahre verschoben wurden **bzw. sich die Maßnahmen aus 2019 abwicklungstechnisch auf Folgejahren aufteilen müssen.**

Eine weitere Folge niedriger Zuführungsrate ist, **dass der relativ hohe Anteil der geplanten Rücklagenentnahme mit 4,5 Mio. € den Eigenfinanzierungsanteil zukünftiger Haushaltsjahre weiter einengen wird!**

Wenn wir uns die notwendigen Investitionen der Folgejahre – **auch über 2022 hinaus** – vor Augen führen, dann wäre es vorausschauend auch vertretbar gewesen, **mit derzeit billigem Geld** ein Finanzpolster aufzubauen, d.h. – unsere Rücklagen durch höhere Kreditaufnahmen zu schonen oder sogar weiter auszubauen.

**Kreditaufnahmen für Investitionen sind bei derzeit niedrigen Zinsen sinnvoll und vertretbar.**

**Entscheidend für Neuverschuldung ist** – was für die Stadt damit erreicht wird und welche „Renditen“ wir dafür in Zukunft erhalten werden.  
Renditen - **vor allem im sozialen gesellschaftlichen Bereich.**

**Als Kennzahl:** Bei geplanten Kreditaufnahmen z.B. bis 2022 würde eine Zinserhöhung um 0,1 %-Punkte rd. 25 T€ per annum betragen. Das kann man dann auf die Laufzeit der Kredite hochrechnen – **auch für Kredite nach 2022!**

**Soweit zu den maßgeblichen Eckpfeilern des Haushaltsplans.**

-----  
**Ich möchte den Haushaltsplan 2019 im Weiteren weniger entlang der aufgeführten Plan-Zahlen kommentieren, sondern mehr aus dem Blickwinkel der Zielerfüllung betrachten.**

**Dafür stehen im Vordergrund die Fragen:**

- > Was steht hinter dem Plan-Haushalt 2019?
- > Was soll darin abgebildet werden?

**Der in Zahlen gefasste Haushaltsplan – auch als „Operative Planung“ zu verstehen, kann ja nicht für sich alleine dastehen. Deshalb sind Haushaltsplanungen immer in Verbindung mit einer Strategischen Planung zu sehen!**

Wir haben in unseren Strategie-Klausuren 2013 und 2017 **Wirkungsziele mit Prioritäten** festgelegt:

- > Priorität 1: Wirtschaftsstandort stärken
- > Priorität 2: Einnahmen steigern, wirtschaftliche Stabilität
- > Priorität 3: Entwicklung / Umsetzung Bildungskonzept
- > Priorität 4: Innenstadtentwicklung

**Seit 2017 haben sich nun neue zusätzliche Wirkungsziele ergeben:**

- > Kinder u. Jugendbetreuung stärken
- > Unterbringung und Integration Flüchtlinge, Asylanten

**Diese beiden Bereiche haben an Bedeutung gewonnen, weil:**

- > in der Kinderbetreuung **erhebliche Engpässe** entstanden sind
- > die Herausforderungen an die Stadt bezüglich Flüchtlingen, Asylanten immer größer wurden.

**Aus der Gegenüberstellung des Haushaltsplanes 2019 zur aktualisierten Strategischen Planung ergibt sich folgende Beurteilung:**

### **1. Wirtschaftsstandort stärken:**

Wir haben dem Wirkungsziel -> „**Wirtschaftsstandort stärken**“ – bewusst die Priorität 1 gegeben, **weil wir diesen Bereich als Motor für eine zukünftig bessere Einnahmensituation sehen wollen.**

- > Es wird allgemein bemängelt, **dass uns die Gewerbesteuer nicht das bringt**, was von einer Großen Kreisstadt erwartet wird
- > Wie schon lange bekannt - und in der RNZ am 16.10. auch geschrieben - **Leimen zählt zu den Schlusslichtern im Einzelhandelsumsatz** (siehe auch die Zentralitätskennziffer )

**Daraus leitet sich Handlungsbedarf ab**, was zumindest mittel-bis längerfristig den gewünschten Erfolg bringen soll.

Hoffnung gibt uns **die Realisierung des Gewerbegebiet Süd II mit Kreisel** u. in zukünftigen Jahren **das Interkommunale Gewerbegebiet Leimen / Heidelberg-Süd**.

Voraussetzung für funktionierende Gewerbegebiete, **die Bereitschaft sich dort anzusiedeln - aber auch für die Zufriedenheit des bestehenden Gewerbes, sind leistungsfähige Anschlüsse für das Internet**.

Im Vermögenshaushalt sind weiter Umlagen an den High-Speed-Zweckverband eingeplant. Es bleibt zu hoffen, **dass sich diese Zahlungen bald über eine leistungsfähige Glasfaserversorgung amortisieren**.

Wie zu lesen war, haben Sie, Herr Oberbürgermeister und Herrn Timmers, **die Stadt Leimen im Rahmen der Immobilienmesse Expo Real in München präsentiert**.

Wenn ihre zahlreichen Gespräche und Kontakte (**Kontakte knüpfen ist immer richtig und wichtig**) der Stadt in **genannter Zielsetzung weiterhelfen – es wurden ja das Gewerbegebiet Süd II und das interkommunale Gewerbegebiet angeführt** – dann begrüßt die CDU-Fraktion solche Aktionen und möchte sich bei Ihnen Herr Reinwald und Herrn Timmers für ihre Teilnahme an der Messe bedanken.

Das Budget im Bereich Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing scheint mir **für unsere Zukunftsaufgaben** zu niedrig und sollte gemäß den Herausforderungen der nächsten Jahren entsprechend angepasst werden.

## **2. Einnahmen steigern, wirtschaftliche Stabilität:**

Dieser Punkt ist eng mit Maßnahmen unter Punkt 1. verbunden.

### **Dazu kommt:**

- > Dass Grundstückserlöse – wie geplant – realisiert werden.
- > Die eingeplanten Zuschüsse und Zuweisungen realisiert werden.
- > Die Umsetzung des Organisationsgutachten mittel-bis längerfristig zu Einnahmensteigerung führt. **Hier möchte ich auch nochmals den Bereich Wirtschaftsförderung mit einbeziehen.**
- > Dass sich die geplante Einnahmenerhöhung in der Parkraumbewirtschaftung realisieren lässt.

## **3a. Entwicklung / Umsetzung Bildungskonzept:**

Mit der Einrichtung der Gemeinschaftsschule sind wir auf gutem Wege. Das schlägt sich auch in den Investitionen für die Baumaßnahmen für die Gemeinschaftsschule in den Haushalten 2019 u. folgenden Jahren nieder. Insgesamt werden dafür rd. 22 Mio. € in Baumaßnahmen investiert. Entsprechende Zuschüsse vom Land werden wir dafür bekommen.

**Die baulichen Voraussetzungen – zusammen mit dem überzeugenden pädagogischen Konzept der Schulverantwortlichen– sind Garant für eine Schullandschaft, welche den speziellen Anforderungen unserer Stadt gerecht werden.**

Auch hier ist für die Umsetzung des pädagogischen Konzepts ausreichender, **leistungsfähiger Internetanschluss zu Verfügung zu stellen! Schulen sollen schließlich digitaler werden!**

### **3b. Kinder-und Jugendbetreuung:**

Die Anstrengungen der Stadt im Ausbau der Kinderbetreuung und Beseitigung von Betreuungsgapen werden **einmal in Neubauten von Kindergärten** und auch **in der Sorge um fach-und sachgerechte Betreuung** ersichtlich.

So sind für den Neubau des Ludwig-Uhland- Kindergartens in 2019 -> 1 Mio. € eingeplant. Insgesamt wird er rd. 3 Mio. € kosten. Zuschüsse vom Land werden wir dafür i.H. von rd. 500 T€ in 2019 erhalten u. sind auch so eingeplant.

**Für Kindergärten wurden in den letzten Jahren rd. 9,7 Mio. € investiert.**

Nach Fertigstellung des neuen Ludwig- Uhland-Kindergartens werden wir **im Ü 3-Bereich** trotzdem **noch eine Differenz zwischen Nachfrage und Platzangebot von rd. 5% haben**. D.h., mit anderen noch Unbekannten (z.B. Flüchtlingen) **wird auch hier weiter Handlungsbedarf bestehen**.

Die konfessionellen und andere Kindergärten, **die einen beachtlichen Teil der geforderten Kinderbetreuung in unserer Stadt abdecken**, erhalten Zuschüsse für ihre Betriebskostendeckung – die konfessionellen i.H. von bis zu 93%. Dazu kommen noch Investitionszuschüsse für Umbau-u. Sanierungsmaßnahmen.

**Bezüglich der letzten Diskussion um die hohen Bezuschussungen der konfessionellen Kindergärten kann ich für unsere Fraktion nochmals hervorheben, dass wir hinter diesen Bezuschussungen stehen und die Leistungen der Kirchen im Bereich Kinderbetreuung zu schätzen wissen. Wir wissen das Geld, was wir ihnen dafür geben, ebenfalls für die Zukunft als gut angelegt!**

### **Zu Jugendbetreuung:**

Die Jugendbetreuung über den Friedrichsstift dient folgenden Zielen:

-> Kinder und Jugendliche „**weg von der Straße**“ und dafür **fachlich gute Betreuung**

-> und dem Ziel der Kriminalprävention

**Deshalb auch entsprechend hohe Priorität.**

Dafür gibt die Stadt dem Friedrichsstift einen jährlichen Zuschuss zur Deckung der Betriebskosten. (Rd. 30% unseres Zuschusses bekommen wir vom Land erstattet)

Unter Positionen Kinder-u. Jugendbetreuung sei auch erwähnt, **dass die Stadt ein Schülerhort in Form einer integrativen Kindertagesstätte unterstützen möchte**, für Nachmittagsbetreuung von Kindern der Real- und Geschwister-Scholl-Schule. Darunter auch schwerpunktmäßig für Kinder **mit erhöhtem pädagogischen Bedarf**. Federführend soll auch hier der Friedrichsstift stehen. Wie auch von kompetenter Seite unserer Fraktion zu erfahren war, **ist dringender Bedarf vorhanden**.

**Unsere Fraktion schließt sich der Expertise der Sachverständigen an und unterstützt die Verwaltung bei diesem Vorhaben.**

**3c. Flüchtlinge, Asylanten:**

Ein Thema, das wir uns zwar nicht ausgesucht haben, **aber jetzt dennoch zu den Aufgaben der Stadt gehört.**

Mit den Maßnahmen, wie sie bis jetzt getroffen wurden und weiter auch im Haushaltsplan 2019 abgebildet sind, werden die erwünschten Erfolge erzielt.

**So konnten wir es vor kurzem von unserer Flüchtlingsbeauftragten Frau Zeitler und den Integrationsmitarbeitern der Diakonie erfahren.**

**4. Innenstadtentwicklung:**

Für die Innenstadtentwicklung haben wir uns schwerpunktmäßig folgende Leistungsziele vorgenommen:

- > Belebung der Innenstadt
- > Bebauung Rathausplatz
- > Erstellung Verkehrskonzept

Bezüglich Belebung der Innenstadt wurden schwerpunktmäßig -> Stärkung Einzelhandel und Durchführung von Events aufgeschrieben.

Was Stärkung Einzelhandel betrifft, wurde in vorherigen Abschnitten einiges gesagt.

**Bezüglich Events möchte ich vor allem unsere Veranstaltungen / Märkte in allen Stadtteilen nennen.**

Wenn ich insbesondere die neu aufgestellte Weinkerwe und den Leimener Sommer aufführe, dann deshalb, **weil unsere Stadt damit über die Stadtgrenzen hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad erfahren hat.**

Nicht nur die Leimener Bevölkerung, sondern auch die viele auswärtigen Besucher sind begeistert von diesen Events, das zeigt sich auch in den zunehmend steigenden Besucherzahlen **(Besucherzahlen sind auch aussagekräftige Kennzahlen für den Erfolg in den Bemühungen für eine belebte Innenstadt)**

**Wenn wir für unsere Märkte in 2019 -> 270 T€ ausgeben wollen, dann sind das sinnvolle Ausgaben für ein wirkungsvolles Stadtmarketing.**

Was die Bebauung Rathausplatz betrifft, **so wurden auf Basis der Empfehlungen des Runden Tisches Grundsatzbeschlüsse gefasst** – an diese nun schrittweise herangegangen wird.

-----  
**In der Beurteilung des Haushaltsplans 2019 gegenüber den Zielen unserer Strategischen Planungen kann festgestellt werden, dass in vielen Bereichen Umsetzungen realisiert und Umsetzungspotenziale auch für die nächsten Jahre gegeben sind.**

Wenn wir uns nun die gesamt geplanten Investitionen für Baumaßnahmen **in 2019** mit rd. 10.1 Mio. € ansehen, dann entfallen auf das **was wir alle** strategisch wollen **und uns auch vorgenommen haben**, alleine schon rd. 6,8 Mio. €.



Für Gauangelloch wurde in 2019 für die Trauerhalle eine Planungsrate berücksichtigt. Der Bau der Trauerhalle selbst findet sich in der mittelfristigen Finanzplanung. Bis dahin sollte zumindest die provisorische Toilettenanlage zu Verfügung gestellt werden.

Für die Entwicklung des Ortskerns Gauangelloch, werden für die Sanierung vorbereitende Untersuchungen in Auftrag gegeben. Dafür wurde bei der Kommunalentwicklung ein Honorarangebot i.H. von 47 T€ eingeholt.

Die CDU-Fraktion begrüßt diese Maßnahme als weiteren Entwicklungsschritt unseres Wohnortes Gauangelloch.

-----  
 Unsere Fraktion hat im Juli dieses Jahres bezüglich der Friedhöfe Leimen den Antrag gestellt, gärtnerisch gepflegte Grabfelder anzulegen, um weiter entfernt wohnenden Angehörigen und auch älteren Menschen die Grabpflege zu ersparen.

Für diese Pflegeleistungen sind von den Auftraggebern - **also den Angehörigen** - bei Vertragsabschluss die Pflegekosten zu entrichten.

Für die Stadt würden einmalige Ausgaben **für das Anlegen der dann dafür ausgewiesenen Grabfelder** anfallen! [Es muss noch abgeklärt werden, was direkt zuordenbare Kosten für diese Grabfelder sind.]

Außerdem haben wir beantragt, für Nutzung der Trauerhallen die Gebühr von 380 € auf 250 € zu senken. Es war für uns nicht einzusehen, **dass Angehörige für eine halbe bis dreiviertel Stunde 380 € bezahlen sollen.**

Außerdem würden wir mit 250 € im Schnitt der Umlandkommunen liegen.

-----  
**In meiner Haushaltsrede heute habe ich bewusst den Haushaltsplan 2019 mit unserer Strategischen Planung verknüpft.**

Das macht deshalb Sinn, **damit ein Bezug hergestellt wird von den Zahlen des Haushaltsplanes mit den Zielsetzungen der Stadt - also auch des Gemeinderates. Der Gemeinderat sollte deshalb zusammen mit der Verwaltung jährlich vor der Erstellung eines Haushaltsplanes - in einer eigens dafür anberaumten Sitzung - die Strategische Planung fortschreiben und aktualisieren.**

Dann kann sich jede Fraktion in dem Haushaltsplan wiederfinden und sich damit identifizieren. **Das hat auch Einfluss auf die Akzeptanz des Haushaltsplanes.**

Ich gehe mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Reinwald einig, **die Investitionsplanung gleich zu Beginn der jährlichen Planungsphase zusammen mit dem Gemeinderat durchzuführen**, die einzelnen Positionen zu diskutieren und festzulegen

Das wäre aber erst der 2.Schritt – **nach der Aktualisierung der Strategischen Planung!**

**[Wer operativ planen soll, muss schließlich wissen, was strategisch gewollt ist!]**

Die bis jetzt angesprochene Planungssystematik führt logischerweise zum dritten Planungsteil – **der Dispositiven Planung in der Jahresrechnung.**

Für die Jahresrechnungen – **also für die Beurteilung eines abgelaufenen Haushaltsjahres** - ist dann die Möglichkeit gegeben zu analysieren, inwieweit **die strategischen Zielsetzungen** eingehalten und umgesetzt werden.

Die Analyse einer Jahresrechnung hat dann – **neben Einhaltung von Haushaltsansätzen - eine andere zusätzliche Qualität.**

**Meine etwas provokative Frage zur Jahresrechnung 2017** bezüglich Einhaltung der Haushaltsansätze und Etatkontrolle:

**„Was soll eigentlich eingehalten werden?“**

zielte genau in diese Richtung!

**In Verbindung mit den strategischen Zielsetzungen, sollte in dieser Rede für den Haushaltsplan 2019 eine mal etwas andere, mehr zielführende Sichtweise im Zusammenhang mit unserer Strategischen Planung aufgezeigt werden.**

**Unsere Fraktion stimmte dem Haushaltsplan 2019 - wie vorgelegt - zu. Ich danke allen Anwesenden, dass sie meiner doch etwas längeren Rede aufmerksam zugehört haben.**

**Für die CDU-Fraktion  
Richard Bader**

**Unser Dank der Kämmerei mit Herrn Veit und allen Mitarbeiterinnen u. Mitarbeitern  
Für die Aufbereitung und Erstellung des gesamten Planungswerkes.**

**Insbesondere auch Dank für Erläuterungen und Beantwortung von Fragen zu den Planungsunterlagen auch für Diskussionen zu einzelnen Planungsinhalten.**

Anlage 3: Haushaltsrede der SPD-Fraktion, Stadtrat Dr. Peter Sandner

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan für das Jahr 2019 soll heute verabschiedet werden. Zunächst gilt der Dank unserer Fraktion allen, die an der Aufstellung des Entwurfs beteiligt waren, den Mitarbeiter der Fachämter und der Kämmerei und natürlich Ihnen, Frau Felden, als Finanzdezernentin und Ihnen, Herr Reinwald, als Oberbürgermeister. Es ist erfreulich, dass der Plan wiederum so rechtzeitig vorliegt, dass wir im Januar schon mit einem genehmigten Haushalt rechnen können und wir nur eine sehr kurze haushaltslose Zeit zu erwarten haben.

Ehe ich zu einigen Bemerkungen zu Einzelpositionen im Haushalt komme, möchte ich die grundsätzliche Frage beantworten, die sich unsere Fraktion angesichts einer weiteren geplanten Kreditaufnahme im Kernhaushalt der Stadt in Höhe von 3,6 Mio. € stellt: Können wir den Haushalt für 2019 nicht ohne Aufnahme von Krediten finanzieren? Nun könnte man diese Frage unter Verweis auf die Ergebnisse der letzten Jahre abtun. Das sehr gute Ergebnis 2017 hatten wir vor kurzem im Gemeinderat festgestellt, ein ähnlich gutes Ergebnis lässt sich auf Grund der Zahlen der ersten 10 Monate auch für 2018 erwarten. In den letzten Jahren wurden wir von positiven Ergebnissen überrollt und die sprudelnden Einnahmen gestatteten, auf die eingeplanten Kreditaufnahmen zu verzichten, ja die Kredite sogar zurückzufahren. Das war aber weitgehend der sehr guten Konjunktur geschuldet. Ich bin kein Wirtschaftsweiser und möchte kein Menetekel einer einbrechenden Konjunktur an die Wand malen, aber allzu leichtfertig darauf vertrauen, dass die wirtschaftliche Entwicklung auf Dauer so weitergeht. Dennoch kommen wir nicht ohne Kreditaufnahme aus, wie ich noch im Einzelnen begründen werde.

Betrachten wir zunächst den **Verwaltungshaushalt**, der auf über 66 Mio. € ansteigt. Vorab kann ich rückblickend für unsere Fraktion feststellen, dass die Möglichkeiten, die Gemeinderat und Verwaltung in diesem Bereich zum Sparen offenstanden, schon in den letzten Jahren voll ausgereizt wurden. Frustrierend war es dabei, Stunden über die Möglichkeiten von Einsparungen zu diskutieren und dann nur welche im vier- oder niedrigen fünfstelligen Bereich zu erreichen.

Gründe für diesen Anstieg des Verwaltungshaushalts sind einmal die Steigerungen der Personalkosten um 0,9 Mio. €. Hier schlagen vor allem die Personalerhöhungen der vergangenen Jahre in der Kinderbetreuung zu Buche. Wir gehen davon aus, dass die veranschlagten Kosten durch Erkrankungen oder Beurlaubungen wie immer nicht voll ausgeschöpft werden, aber zur Sicherheit so veranschlagt werden müssen. Unsere Fraktion erwartet zu Anfang des neuen Jahres eine ausführlich Darstellung dessen, was aus dem Organisationsgutachten umgesetzt wurde, aber nicht nur in Form eines neuen Organigramms der Verwaltung, sondern auch Aussagen darüber, welche Maßnahmen eventuell schon jetzt zur Reduktion der Personalkosten beigetragen haben und bei welchen wir zumindest erwarten können, dass sie zukünftig dies bewirken.

Auch beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand steigen die Kosten für Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen um 2 Mio. € an. Dieser Anstieg zeichnete sich schon im letzten Jahr ab, weil sich die Erkenntnis durchsetzte, dass zur Erhaltung der Substanz von Gebäuden und Einrichtungen ein gewisser finanzieller Aufwand nicht unterschritten werden darf. Zudem kamen neue

Einrichtungen für die Kinderbetreuung hinzu und die laufenden Zuschüsse für Betrieb der kirchlichen Kindergärten stiegen ebenfalls an.

Bei den freiwilligen Leistungen sollten wir nach Auffassung unserer Fraktion am Ausmaß der außerschulischen Schülerbetreuung, der Schulsozialarbeit, der Jugendarbeit bei Schuldner-, Drogenberatung und, bei den sozialen Diensten (Tafel, Kleiderstube) und auch bei der Integration der in Leimen wohnenden Flüchtlinge keine Abstriche machen. Ein Teil dieser Arbeiten wird ja unter dem Dach des neuen Sozialvereins erledigt und von der Stadt bezuschusst. Auch die Zuschüsse für Stadtbücherei, Musikschule und Volkshochschule sind für unsere Fraktion gerechtfertigt. Bei VHS sollte man nochmals den Versuch unternehmen, sie in eine größere VHS (z.B. Südliche Bergstraße) zu integrieren.

Bei den Kosten für Märkte und Feste wird in dieses Jahr so viel veranschlagt wie für das letzte Jahr; ich habe schon im letzten Jahr begründet, weshalb dies unsere Zustimmung findet und der Erfolg des diesjährigen Weinkerwe hat uns recht gegeben, selbst wenn wir beim Besuch das sehr gute Wetter berücksichtigen.

Bei den Steuereinnahmen können wir neben der marginalen Vergnügungs- und Hundesteuer nur über die Grundsteuer und die Gewerbesteuer selbst bestimmen. Die Hebesätze beider Steuern liegen im oberen Bereich vergleichbarer Gemeinden im Land und wir sollten daran auch nichts verändern. Vordringlich ist aber weiterhin die Ansiedlung neuer, vor allem zukunftsorientierter Betriebe, darauf weisen wir alle gebetsmühlenartig in den Haushaltsreden hin. Unsere Fraktion erwartet, dass im Gewerbegebiet Süd endlich in diesem Jahr Ansiedlungen gelingen, die zwar nicht unmittelbar, aber mittel- und langfristig einen positiven Einfluss auf die Gewerbesteuereinnahmen zeitigen. Die Gewerbesteuer ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig, wir sind bisher gut damit gefahren, sie konservativ zu veranschlagen, das ist auch in diesem Entwurf geschehen.

Bei den Prognosen der Einnahmen aus anderen Steuern sind wir von den Vorgaben des Landes abhängig. Obwohl steigend entwickeln diese sich nicht ganz so günstig wie noch im Vorjahr. Wir erhalten zwar aus den Steuern, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen etwa 0,5 Mio. € mehr als im Vorjahr und auch die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (also Gebühren, Verkauf, Zuschüsse für laufende Zwecke) steigen um 1,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der Ausgabensteigerung für Personal und Verwaltungs- und Betriebsaufwand reicht das aber nur dazu, etwa 1,9 Mio. € erwirtschaften, die dem Vermögenhaushalt zugeführt werden können.

Diese an sich schon für eine Stadt unserer Größe kleine Zahl relativiert sich noch, wenn wir sie in Relation setzen zu den anstehenden Aufgaben im **Vermögenshaushalt**, der 17 Mio. € umfasst.

Da wir nur diese geringe Zuführung erwirtschaften, müssen wir zusätzlich zu einer Rücklagenentnahme von 4,5 Mio. € noch Kredite in Höhe von 3,6 Mio. € aufnehmen, um den Vermögenshaushalt zu finanzieren. Und diese bittere Pille müssen wir schlucken, obwohl die Baumaßnahmen im Zuge der Haushaltsberatungen von zunächst knapp über 14 Mio. € auf 10 Mio. € gesenkt wurden. Es mussten Maßnahmen reduziert und auf zukünftige Haushalte verschoben werden, da sonst eine Kreditaufnahme von 7,4 Mio. € nötig gewesen wäre.

Doch der Spielraum für Verschiebungen war gering, denn die größten Brocken sind die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen. Ohne Abstriche sollen 2019 die Sanierung der Otto-Graf-Realschule (2,1 Mio. €), der Neubau des Ludwig-Uhland-Kindergarten (1 Mio. €) und die Sanierung der beiden alten Rathäuser in Leimen (125 T €) und St. Ilgen (550 T €) weitergeführt werden, ebenso bleibt der übliche jährliche Zuschuss (850 T €) zur Stadtkernsanierung unangetastet. Dagegen wird der Umbau der Geschwister-Scholl-Schule zur dreizügigen Gemeinschaftsschule schwerpunktmäßig nach 2020 und in die folgenden Jahre geschoben, hier bleibt im Haushalt nur eine erste Rate von 500 T € übrig. Der Neubau des Jugendtreffs wird ebenfalls weitestgehend auf 2020 verschoben, ebenso wie die Trauerhalle in Gauangelloch. Die Kühlung im neuen Verwaltungsgebäude, in dem wir sitzen, fällt (vorerst) dem Rotstift zum Opfer, ebenso. der Umbau die Kreuzung Rohrbacherstr./Schwetzingenstr. Dafür kommen andere Maßnahmen hinzu wie Sanierung weiterer Bereiche n der Kurpfalzhalle und Straßenbaumaßnahmen wie im Bubenwingert, deren Notwendigkeit sich erst im Verlaufe der Vorberatungen gezeigt hat. Auch ein alter Bekannter ist wiederum vertreten, der Kreisel an der Verbindungsstr. zwischen Leimen und St. Ilgen. Hier gehen wir davon aus, dass der Kreis 2019 endlich mit den Arbeiten an dieser Straße beginnt und wir dann die Voraussetzungen schaffen können, unser Gewerbegebiet Süd zu vermarkten und zwar an Firmen, die Arbeitsplätze in Leimen schaffen und von denen Gewerbesteuer zu erwarten ist. Für die Trauerhalle in Gauangelloch wird eine Planungsrate eingestellt, ähnliches gilt für die Tiefgarage Rathausplatz und den Parkplatz in den Bösen Walläcker, der dann 2020 zusammen mit dem Bahnsteigverlängerung gebaut werden soll.

Die **Bewertung** des Haushaltsentwurfs ist nahezu identisch zu der des Jahres 2018.

Die finanzielle Situation der Stadt stellt sich als schwierig dar. Wie schon gesagt müssen wir - bedingt durch die geringe Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt und trotz einer kräftigen Rücklagenentnahme - eine Kreditaufnahme von 3,6 Mio. € vorsehen, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das ist nur zu verantworten, wenn nur unabweisbare und keine – noch so schönen - wünschenswerten Objekte finanziert werden. Dies ist nach Ansicht unserer Fraktion der Fall. Wir sehen uns sogar dazu gezwungen, Maßnahmen zu verschieben, die wir eigentlich schon 2019 für notwendig halten.

Es bringt allerdings nichts, weitere der im Haushalt stehenden Maßnahmen der Optik halber auf zukünftige Jahre zu verschieben; dadurch erledigen sie sich nicht. Die Verschiebung bringt nur gegenwärtig eine Entlastung, mittelfristig aber ggfs. zusätzliche Belastungen, wenn z.B. das Zinsniveau ansteigt. Daher trägt unsere Fraktion die geplante Kreditaufnahme im nächsten Jahr zur Realisierung der genannten Aufgaben mit.

Der Haushalt ist wiederum ein Balanceakt zwischen dem, was notwendig (ich sage ausdrücklich nicht „wünschbar“) ist und dem was finanzierbar ist. Dieser Balanceakt wurde im vorgelegten Plan nach der Auffassung unserer Fraktion gemeistert, weshalb wir dem Haushaltplan 2019 zustimmen. Etwas leichter fällt uns die Zustimmung auch dadurch, dass in den letzten Jahren die tatsächlichen Resultate in der Jahresrechnung immer positiver ausgefallen sind als sie im Haushaltsplan prognostiziert wurden. Allerdings hängt diese ganz entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab, wo erste Anzeichen dafür zu sehen sind, dass die fetten Jahre nicht einfach so weitergehen.

Daher ist beim Vollzug des Haushalts im nächsten Jahr Vorsicht geboten. Es sollte die Einnahmeseite kritisch verfolgt und auf der Ausgabenseite die Baumaßnahmen erst dann angestoßen werden, wenn die Einnahmesituation es zulässt. Auch sollte erreicht werden, dass die notwendigen Kredite so spät wie möglich, aber rechtzeitig vor einem Ansteigen des Zinsniveaus aufgenommen werden. All diese Punkte sind echte Herausforderungen, insbesondere für die Kämmerei.

Peter Sandner      29. November 2018

#### Anlage 4: Haushaltsrede der GALL-Fraktion, Stadtrat Ralf Frühwirt

Sehr geehrte Damen und Herren,

es gab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre im Fernsehen eine Spielshow namens Wünsch dir was mit Dietmar Schönherr. Den Älteren unter uns wird das noch etwas sagen. Auch wenn ich das Konzept der Sendung nicht mehr gegenwärtig habe, so kam mir doch der Titel der Sendung im Rahmen unserer Diskussionen um den Haushaltsentwurf immer wieder in den Sinn.

Die ersten Zahlen, die man uns präsentiert hat, waren so jenseits realistischer Größen, dass wir uns schon gefragt haben, ob das tatsächlich ernst gemeint sein kann. Nun haben wir im Laufe der bisherigen Debatte gelernt, dass es offensichtlich auf unterschiedliche Herangehensweise an die Diskussion eines Haushalts zurück zu führen ist. OB Reinwald hat dem Gemeinderat dann im Laufe der letzten Sitzungen einen interessanten Vorschlag für die Zukunft unterbreitet, der auf mehr Transparenz schon bei den Vorberatungen hinaus läuft. Wir als GALL begrüßen diesen innovativen Ansatz ausdrücklich, kann er doch zu mehr Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und einer intensiveren kommunalpolitischen Debatte führen als bisher. Wir fänden das einen Schritt in die richtige Richtung, schließlich haben wir unter Herrn Reinwalds Vorgänger schon einmal einen sogenannten Bürgerhaushalt beantragt, was damals aber bedauerlicherweise nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Eines der Argumente, die damals gegen einen Haushaltsentwurf vorgebracht wurden, der von Bürgern diskutiert werden soll, war die Befürchtung, dass es ein großes Wünsch dir was geben würde, weil die Bürgerinnen und Bürger sicher viele Ideen einbringen würden, aber sich wohl kaum um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt kümmern würden. Sieht man sich die Debatten im Gemeinderat bei den Haushalten und die Entwicklung unserer Verschuldung so an, dann muss man sich nicht wundern, dass es so wenig Vertrauen auf die Vernunft der Bürgerschaft gegeben hat. So nach dem Motto: Wenn wir das schon selbst nicht hin bekommen...

Das Setzen von Prioritäten, das Unterscheiden des Wünschenswerten vom unbedingt Notwendigen, der realistische Blick auf das Machbare, das alles ist in den vergangenen Jahren immer wieder auf der Strecke geblieben, und das spiegelt sich auch in diesem Haushalt wieder. Hinzu kommt, dass gerade wenn man als Kommune auf der einen Seite große Herausforderungen zu bewältigen hat, man aber auf der anderen Seite finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, man sich kreative Lösungen einfallen lassen muss, statt auf Standardrezepte zu setzen.

Wir unterstellen, dass wir – Stadtverwaltung und die verschiedenen Fraktionen des Gemeinderates – grundsätzlich das gleiche Ziel haben: eine lebenswerte Stadt, mit guter Kinderbetreuung, zukunftsweisenden Bildungseinrichtungen, einer funktionierenden Infrastruktur, kulturellen und sportlichen Angeboten für die Einwohnerinnen und Einwohner Leimens und eine intakte Umwelt. Wir alle wissen, dass es in all diesen Bereichen noch vieles zu stemmen gibt, und wir haben in vielen Bereichen gute Entscheidungen getroffen, die von uns begrüßt und mitgetragen werden. Wenn wir etwa an die Entwicklung der Gemeinschaftsschule, die Sanierung der Realschule, das Jugendhaus oder die kommende Hortbetreuung denken. Wo wir uns

aber durchaus unterscheiden, sind die Fragen wie viel wir uns gleichzeitig aufbürden können ohne uns zu übernehmen, wie wir Prioritäten setzen, und welche Lösungen wir für unsere Probleme angehen.

Wie viel können wir uns gleichzeitig aufbürden? Alles könnte man meinen, denn OB Reinwald hat sich hier sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Darüber gab es bereits in der Vergangenheit heftige Auseinandersetzungen. Man denke nur an die Sanierungen der beiden historischen Rathäuser in St. Ilgen und Leimen Mitte. Auch da bestand Einigkeit in der grundsätzlichen Notwendigkeit, aber Dissenz bei den Fragen des Umfangs, der zeitlichen Abfolge, oder der Organisation der Ausweichquartiere. Und diese exzessive Baupolitik setzt sich in diesem Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung ungebrochen fort. Wobei kaum zwischen unumgänglichen und wünschenswerten Maßnahmen unterschieden wurde. Mit über 14 Mio. an Bauausgaben ist die Verwaltung in die ersten Diskussionen gegangen, mit über 11,7 Mio. in die letzte Debatte, aus der wir dann nach zähem Ringen mit knapp über 10 Mio. raus gegangen sind. Das scheint nun zumindest tendenziell realistischer, hat aber immer noch den Nachteil, dass es um einige Millionen über dem liegt, was die Stadt in den zurückliegenden Jahren tatsächlich verbauen konnte. So haben wir in den vergangenen Jahren nie mehr als 8 Mio. € verdient, im Durchschnitt lediglich 5,6 Mio. und wir hatten nicht den Eindruck, dass das Bauamt zu wenig zu tun hatte.

Wenn man die Grundsätze der Haushaltsplanung die Wahrheit und Klarheit verlangen ernst nimmt, dann kann man keinen Haushalt verabschieden, bei dem man die wesentlichen Ausgaben des Vermögenshaushalts an den eigenen Wünschen ausrichtet, statt am Machbaren. Zumal wir gerade im Bausektor ganz besonders mit der zunehmenden Problematik des Fachkräftemangels konfrontiert sind. Das macht nicht nur unsere Baustellen langsamer und teurer, wir werden auch verstärkt Schwierigkeiten haben unsere entsprechenden Stellen im Bauamt zu besetzen, da hier zwischen den Kommunen schon erheblicher Konkurrenzkampf herrscht.

Lassen Sie mich noch einmal kurz zu den 4 Mio. € zurück gehen, um die wir die Bauausgaben im Laufe der Diskussionen reduziert haben. Diese sind natürlich keine wirklichen Einsparungen, sie sind lediglich auf die folgenden Jahre verschoben. Schaut man sich dann die Zahlen an, die die Verwaltung dort eingestellt hat, dann wird schnell klar, dass wir bis mindestens 2026, also über das Ende der nächsten Wahlperiode hinaus, nahezu jedes Jahr mit denselben Fragen zu kämpfen haben werden.

Und dabei haben wir noch gar nicht über die Finanzierung des Ganzen gesprochen. Wir haben für dieses Jahr im Vermögenshaushalt, aus dem die Bauausgaben bezahlt werden, eine Zuführungsrate aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe von 1,9 Mio. €. Das ist im langjährigen Mittel für Leimen nicht schlecht, wir hatten auch schon negative Zuführungen. Trotzdem ist es nicht viel verglichen mit den großen Investitionsausgaben. Und zu einem guten Teil speist sich die Zuführung immer noch aus der guten Konjunktur, wie man an den weiter deutlich gestiegenen Anteilen an der Einkommensteuer oder den Zuweisungen des Landes entnehmen kann. Man möchte sich kaum ausmalen, was es für uns bedeuten würde, wenn es hier nur leichte Bremsspuren geben würde. Das ist angesichts einer irrlichternden Trump'schen Zollpolitik, eines immer noch drohenden unregelmäßigen Brexit und angesichts der Tatsache, dass jede Hochkonjunktur einmal zu Ende geht und unsere nun schon 10 Jahre dauert, durchaus möglich.



Weiterer Finanzierungstopf des Vermögenshaushalts sind die Verkaufserlöse von bebauten und unbebauten Grundstücken in Höhe von 2,2 Mio. €. Auch wenn man sich hier in den letzten Jahren um realistischere Zahlen bemüht hat, ist dieser Posten immer noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, und Grund und Boden im städtischen Besitz – zumindest solcher, der sich veräußern lässt – ist ein endliches Gut.

Kommen wir zur Kreditaufnahme. 3,6 Mio. € sollen es jetzt noch sein. Immerhin standen in den Vorberatungen auch schon Summen von 7,4 und 8,2 Mio. zur Debatte, was glatt einer 10%igen Erhöhung der Verschuldung von Stadt und Eigenbetrieben entsprochen hätte. Aber auch 3,6 Mio. sind in einer Zeit stetigen Wirtschaftswachstums und sprudelnder Steuern nicht akzeptabel. Solche Jahre müssen eigentlich genutzt werden, um Schulden zu reduzieren, nicht um sie kräftig anzuheben. Wie lange das noch ein Weg sein wird, der uns gestattet ist, bleibt der unendlichen Weisheit des RP überlassen, und liegt damit kaum in unserer Hand.

Letzter großer Block der Einnahmen ist die Rücklagenentnahme in Höhe von 4,5 Mio. €. Man muss kaum erwähnen, dass das im kommenden Jahr nicht noch einmal möglich sein wird. Wird das Geld tatsächlich so ausgegeben, wie geplant, stehen nur noch 1,6 Mio. € in der Rücklage, was nur noch wenige Hunderttausend über der Mindestrücklage ist. Woher unter diesen Voraussetzungen die Einnahmen für die Bauausgaben in 2020 kommen sollen, die sich nach unseren Umschichtungen jetzt auf 13,6 Mio. belaufen, dafür reicht meine Phantasie nicht aus.

Bei all den großen Baumaßnahmen, verbunden mit den entsprechenden Ausgaben haben die meisten Fraktionen darauf verzichtet, eigene ausgabenträchtige Anträge zu stellen. Eine Ausnahme bildete die CDU, und damit bin ich beim Punkt Prioritäten angekommen. Ich habe bisher viel über die großen finanziellen Herausforderungen gesprochen, die uns bevor stehen, und die Zahlen sind auch der CDU bekannt. Man dürfte erwarten, dass sich die größte Gemeinderatsfraktion, die lange Jahre der finanziellen Stabilität das Wort geredet hat, an vorderster Front derer steht, die jeden Cent dreimal umdrehen, ehe er ausgegeben wird, und nicht selbst dazu beitragen die Situation weiter zu verschlimmern.

Leider ist das nicht der Fall. Sie stellten den Antrag ein gärtnerisch gepflegtes Grabfeld anzulegen und dafür 85 000.-€ zur Verfügung zu stellen, sowie die Nutzungsgebühr für die Trauerhalle deutlich zu senken. Dabei wurde die Nutzungsgebühr vor wenigen Jahren angehoben, um das Defizit im Friedhofsbereich zu senken, und die Trauerhallen einigermaßen kostendeckend zu machen. Dem Ziel sind wir näher gekommen, und uns erschließt sich nicht, warum man das wieder zurück nehmen sollte. Zumal für den Einzelnen bei den Kosten einer Beerdigung die 130 € Differenz kaum eine Rolle spielen.

Zum gärtnerisch gepflegten Grabfeld ist zu sagen, dass das sicher eine gute Ergänzung unseres Angebotes auf dem Friedhof darstellt. Aber es ist kein Muss, es muss also nicht gerade jetzt sein. Die Beerdigungskultur ist im Wandel, und die bisher üblichen Grabfelder werden in den kommenden Jahren weniger werden und sukzessive geräumt. Für uns würde es wesentlich mehr Sinn machen, zu warten, bis das nächste reguläre Grabfeld zur Verfügung steht und dies dann mit nur minimalen Kosten umzugestalten, statt jetzt viel Geld in die Hand zu nehmen, das wir nicht haben.

Ein wenig dreist fanden wir bei dem CDU-Antrag dann den Deckungsvorschlag. Der läuft darauf hinaus einfach Steuereinnahmen und Zuweisungen nach oben zu setzen, weil diese angeblich konservativ auf unterstem Level angesetzt sind. Mit nachhaltiger Finanzpolitik hat das nichts mehr zu tun.

Aber auch jenseits dieses Antrags hätten wir gerne den Haushalt noch weiter priorisiert, um klare Zeichen zu setzen. Dafür haben wir zwei Kürzungsanträge gestellt, die leider mehrheitlich abgelehnt wurden. Der eine betraf 150 000.-€, die für die Trauerhalle Gauangelloch eingestellt wurden. Das ist eine Planungsrate, von der man keine Trauerhalle bauen kann, und der große Batzen soll dann in 2020 kommen, wenn wir wie vorhin erwähnt über 13 Mio. in Baumaßnahmen ausgeben wollen, und mit Schulbauten und Straßensanierungen wesentlich dringlichere Vorhaben umsetzen müssen.

Dem muss dann noch die Nutzung einer solchen Halle gegenüber gestellt werden. Die Verwaltung hat uns dankenswerterweise die Zahlen der Bestattungen und Trauerhallennutzungen der letzten Jahre getrennt nach Stadtteilen zur Verfügung gestellt. In Gauangelloch gab es von 2013 bis 2018 im Schnitt 10 Bestattungen pro Jahr. In den Ortsteilen, die eine Trauerhalle haben, wurden bei ca. 80% der Bestattungen die Hallen genutzt. Das heißt wir würden für 8 Nutzungen pro Jahr eine Trauerhalle für 1,5 Mio. € errichten plus jährliche Folgekosten. Bei aller Pietät müssen wir da ein gewaltiges Fragezeichen beim Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag machen.

Legen wir eine Abschreibung von 40 Jahren zugrunde, so könnten wir jedem Gauangellocher, der sich in Gauangelloch beerdigen lässt ca. 4000.-€ schenken, wenn wir auf die Trauerhalle verzichten, und wir würden immer noch günstiger wegkommen, da wir uns die laufenden Kosten sparen.

Zweiter Kürzungsvorschlag unsererseits war eine weitere Planungsrate von 150 000.-€, diesmal für die Rathausplatztiefgarage. Wir hatten erst vor kurzem eine intensive Diskussion über das Für uns Wider einer solchen Garage, die ich an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen will. Aber solange nicht ausgeschlossen ist, dass es kostengünstigere und bessere Alternativen zu dieser Tiefgarage gibt, werden wir kein Geld dafür befürworten. Wir haben eine Reihe möglicher Alternativen aufgezeigt, und die bisherige Weigerung von Verwaltung und eines Großteils des Rates auch nur ernsthaft darüber zu diskutieren, empfinden wir als Armutszeugnis. Zumal wir unter keinerlei zeitlichem Druck stehen, da für das Gebäude am Rathausplatz kein Investor in Sicht ist, geschweige denn eine Planung vorliegt.

Auch wenn diese beiden Kürzungsanträge um insgesamt 300 000.-€ den Haushalt nicht gerettet hätten, zeigen sie doch exemplarisch, wo es hier im Argen liegt. Das große Wunsch dir was beherrscht die Ausgabenseite, während bei der Einnahmeseite keine positiven Entwicklungen zu sehen sind, zumindest keine, die hausgemacht wären.

Ich habe mich diesmal in meiner Rede ausschließlich auf den Vermögenshaushalt bezogen, und mir viele Details zum Verwaltungshaushalt erspart, um meine Rede im Rahmen zu halten, aber wer Interesse hat, dem kann ich gerne noch eine Viertelstunde anhängen.

Wer ein wenig zwischen den Zeilen lesen kann, der erahnt schon, dass wir dem

Haushalt 2019 in der vorliegenden Form nicht zustimmen können. Trotzdem bedanken wir uns bei der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei für die guten und ausführlichen Vorlagen und die kompetente Beantwortung unserer Fragen.

Und wenn ich mir zum Schluss auch noch etwas wünschen darf, dann ist das eine realistischere Einschätzung unserer Möglichkeiten.

Anlage 5: Haushaltsrede der FW-Fraktion, Stadtrat Rudolf Woesch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reinwald,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Felden,  
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Fraktion der Freien Wähler gebe ich zum Haushaltsplan 2019 der Stadt Leimen folgende Stellungnahme ab:

Zunächst gilt unser Dank der Kämmerei, der es auch für das Jahr 2019 gelungen ist in Zusammenarbeit mit den Gemeinderatsgremien in den Vorberatungen einen ausgeglichenen und Genehmigungsfähigen Haushaltsplan zusammen zu stellen, wenn auch mit einer vorgesehenen Kreditermächtigung in Höhe von 3,6 Millionen Euro, einer erheblichen Entnahme aus den Rücklagen von 4,5 Millionen Euro und einer positiven Zuführungsrate vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt von lediglich 1,9 Millionen Euro.

Auch unsere Fraktion hat sich eingehend mit den uns von der Verwaltung vorgelegten Zahlen auseinandergesetzt. Da meine Vorredner die einzelnen Zahlen des Haushaltsplanes 2019 bereits sehr detailliert analysiert haben, gestatte ich mir, mich auf uns wesentlich erscheinende Haushaltsstellen zu beschränken.

**A) Verwaltungshaushalt 1.**

Einnahmen

Bei den **Gemeindesteuern** Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Einkommenssteueranteile und Anteile Umsatzsteuer ergeben sich in der Summe gegenüber dem Vorjahr geplante Mehreinnahmen von 0,7 Millionen Euro was erfreulich ist aber einmal mehr nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass uns die für die Größe unserer Gemeinde viel zu geringen Gewerbesteuereinnahmen sehr zu schaffen machen. Da die Großunternehmen weiterhin legale Wege finden ihre Einnahmen Steuer freundlich zu gestalten, leben wir von den Steuern unserer kleinen und mittleren Unternehmen und muss es insoweit für uns eines der Hauptziele sein, die in Leimen ansässigen Unternehmen zu hegen und zu pflegen und alles daran zu setzen — auch unter dem Gesichtspunkt der Anteile an der Einkommenssteuer - neues Gewerbe anzusiedeln aber solches, welches auch Gewerbesteuer und Einkommenssteuer für uns bringt.

Und was die gute allgemeine Konjunktur — und Wirtschaftslage in Land und Bund mit den auch für uns hieraus sprudelnden Steuereinnahmen betrifft — man denke an die überragenden Einnahmensituation in 2017 welche und eine nicht erwartete Fülle von zusätzlichen Investitionen im Verwaltungshaushalt ermöglicht - sind diese natürlich sehr erfreulich, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir insoweit nur am „Tropf“ der Konjunktur hängen und keine Dauerlösung für unsere Einnahmenproblematik darstellen dürfen. Unser Bestreben muss es weiter sein alles daran zu setzten die eigenen Einnahmequellen zum sprudeln zu bringen um nicht zu sehr an den Konjunkturschwankungen zu hängen.

Und die gute Wirtschaftslage hat — worauf ich mir hinzuweisen erlaube - eine nicht zu vernachlässigende und für uns Haushaltswirksame Kehrseite, nämlich den an sich sehr erfreulichen Arbeitsmarkt. Aus der Sicht des öffentlichen Arbeitgebers ist es nämlich vermehrt schwierig die zur Erledigung der öffentlichen Aufgaben dringend benötigten Fachkräfte zu bekommen. Diese werden in der freien Wirtschaft, wo sie genauso benötigt werden wie bei der öffentlichen Hand, deutlich besser bezahlt sind

diese, so sie sich bei der öffentlichen Hand überhaupt bewerben, schneller wieder weg als man schauen kann. Das Einkommensdefizit können wir als öffentliche Hand aber nicht annähernd ausgleichen da uns zwingend einzuhaltenden Tarifvorschriften daran hindern. Hier ist es zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft der öffentlichen Hand dringend erforderlich, dass die Tarifparteien neue und flexiblere Lösungen für öffentliche Arbeitgeber schaffen. Allerdings dann zwingend verbunden mit höheren Personalausgaben bei uns öffentlichen Arbeitgebern.

Und damit komme ich zu den Ausgaben des Verwaltungshaushalts

## 2. Ausgaben

Hier will ich meine Ausführungen auf zwei für uns wesentliche Punkte beschränken, nämlich die im Plan angesetzten Kreditermächtigung von 3,6 Millionen Euro und einige in der Kritik stehende Investitionen, welche ganz oder zum Teil über Kredite zu finanzieren sind.

Bei anstehenden Investitionen welche eine Kreditaufnahme mit sich bringen können (und nicht zwingend müssen weil z. B. wie in 2017 zusätzliche und nicht erwartete zusätzliche Steuereinnahmen fließen), ist die entscheidende Frage stets die, ob man eine offensive und mutige Investitionspolitik betreiben oder ob man sich defensiv auf das Notwendigste beschränken will. Geht man den zweiten, defensiven Weg, ist es denknotwendig dass man bei jeder anstehenden Investition versucht sich auf das Allernotwendigste zu beschränken und — um ein Beispiel zu nennen — zunächst nur das Dach und die Fenster renoviert und die anderen Bauteile erst einmal in dem an sich stark renovierungsbedürftigen Zustand belässt in dem sie sich befinden, Diesen zweiten — defensiven - Weg, halten wir Freie Wähler nicht für den richtigen, weil er letztendlich notwendige Maßnahmen nur hinausschiebt, nicht hilft den vorhandenen Investitionsstau zu beseitigen und sich so die vermeintlichen Einsparungen Jahre später ins Gegenteil verkehren, nämlich wie wir ständig erleben müssen (ich verweise schmerzlich auf die Georgi Tiefgarage) im Ergebnis zu weit höheren Ausgaben führen. Und wer glaubt, dass wir unseren zweifelsfrei vorhandenen Schuldenberg dadurch abtragen können, dass wir dringend nötige Renovierungsmaßnahmen in zwei oder mehr Etappen durchführen wird bald von dem Renovierungsstau überrannt werden.

Unsere Fraktion wird daher mutig sein und den von der Verwaltung vorgeschlagenen offensiven Investitionsweg für das Jahr 2019 mitgehen.

## **B) Vermögenshaushalt**

### 1. Einnahmen

Einmal mehr sind für uns der Stein des Anstoßes die kalkulierten Einnahmen aus **Veräußerungen des Anlagevermögens**, also die Veräußerung gemeindlicher Grundstücke, welche , wie jedes Jahr, mit mehreren Millionen Euro in Ansatz gebracht werden. Wir hoffen sehr, dass, anders als in den Vorjahren, die im entsprechenden Haushaltsjahr tatsächlich erzielten Erlöse aus Grundstücksveräußerungen wenigstens annähernd in den Bereich dieses Haushaltsansatzes kommen. In den Vorjahren blieben die Erlöse stets weit hinter den Erwartungen und den Haushaltsansätzen zurück. Die Vermarktung der Grundstücke, so vor allem der Grundstücke im neuen Gewerbegebiet Süd, bedarf einer weiterhin vermehrten Anstrengung, um zu den erwünschten und für unseren Haushalt sehr wichtigen Erlösen zu kommen.

### 2. Ausgaben

Neben den üblichen Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen, Kapitalanlagen und Grundstücken sowie beweglichem Anlagevermögen, sind weiter die Ausgaben für Tilgungen der diversen noch laufenden Kredite hervorzuheben sowie die in Ansatz gebrachten Ausgaben für unsere umfangreichen Investitionen in verschiedenste notwendige Bau- und sonstige Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 10 Millionen Euro.

### Allgemein/ Zusammenfassung

Unbesehen dieser Zahlen des Haushaltsplanes 2019 stehen wir aufgrund unserer weiter angespannten Finanzlage unter der „wohlwollenden Beobachtung“ der kommunalen Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium Karlsruhe, welches insbesondere unsere Ausgaben und Investitionen für „freiwillige Leistungen“ wie zum Beispiel den Bäderpark, welcher derzeit mit einem jährlichen Verlust von 1,7 Millionen Euro arbeitet, sowie der stark Zuschussbedürftigen Musikschule und der Volkshochschule, einer besonderen Überprüfung stellt.

Die Erbringung dieser sogenannten freiwilligen Leistungen wird uns auch weiterhin beschäftigen. Unsere Fraktion steht diesen freiwilligen Leistungen im Sinne einer positiven Daseinsvorsorge und Lebensqualität weiterhin offen gegenüber. Allerdings stets unter der Vorgabe des finanziell Machbaren. Der Haushaltsplan 2019 ist ausgeglichen und entspricht den gesetzlichen Erfordernissen. Er wird in seiner Umsetzung, wie jedes Jahr, in dem einen oder anderen Bereich Überraschungen in positiver und negativer Hinsichten bringen und Verwaltung und Gemeinderat zu flexiblem Handeln zwingen.

Die Fraktion der Freien Wähler wird der vorgelegten Haushaltsrechnung und dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2019 zustimmen.

## A) Eigenbetriebe

### 1. Eigenbetrieb Wasserwerk

**Gebührenkalkulation Wasserversorgung** kommt für das Jahr 2019 zu einem Betrag von 2,35 Euro/m<sup>3</sup> gegenüber 2,35 Euro/m<sup>3</sup> im Vorjahr bleibt also fast gleich.

Den Ermessens- und Prognoseentscheidungen der Verwaltung zur Gebührenkalkulation und dem sich hieraus ergebenden **Wirtschaftsplan** für den Eigenbetrieb Wasserwerk mit einem Gewinn von 194.000,00 Euro gegenüber 192.000, -- Euro im Vorjahr wird von uns zugestimmt.

### 2. Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Auch beim Eigenbetrieb Abwasser stimmen wir der vom Eigenbetrieb vorgeschlagenen Gebührenfestsetzung für die Schmutzwasser-, - und Niederschlagswasserbeseitigung in Höhe von 1,62 – Euro nach der von uns getragenen und der Festsetzung zugrundeliegenden Ermessens- und Prognoseentscheidung zu. Dem sich hieraus ergebenden Wirtschaftsplan mit einem kalkulierten Gewinn von 50.000, -- Euro stimmen wir zu.

### **3. Eigenbetrieb technische Betriebe Leimen**

Dem Wirtschaftsplan mit einem Gewinn von 3.000, -- Euro stimmen wir zu.

### **4. Eigenbetrieb Bäderpark Leimen**

Dem Wirtschaftsplan unseres Sorgenkindes in der von uns auch mittelfristig kalkulierten Höhe von 1,7 Millionen Euro stimmen wir zu. Der jährliche Verlust hält sich im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen Vorgaben.

Abschließend bedanken wir uns bei der Betriebsleitung und allen Mitarbeitern der TBL für ihre gute Arbeit.

### **B) Forst**

Dem Hiebs- und Kulturplan sowie dem Bewirtschaftungsplan für das Jahr 2019 mit einem Verlust gleich dem Vorjahr in Höhe von 68.200,-- Euro stimmen wir aus den von Herrn Reinhard für die Verluste schlüssig dargelegten Gründen zu. Weiterhin können wir allerdings nicht so recht nachvollziehen, dass im Bereich Jagd und Fischerei im 2019 keine Ausgaben kalkuliert sind, vertrauen aber in diesem Punkt den Vorgaben des Herrn Reinhart.

Wir bedanken uns bei Herrn Reinhardt für seine sehr gute Arbeit im Rahmen der Forstverwaltung unserer Stadt und wünschen ihm auch für sein weiteres Wirken viel Erfolg.

Rudolf Woesch

Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Leimen

## Anlage 6: Haushaltsrede der FDP-Fraktion, Stadtrat Klaus Feuchter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reinwald,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Felden,  
liebe Stadtratskolleginnen, liebe Stadtratskollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, die mit Tatkraft und Engagement zur Entwicklung Leimens beitragen und den vielen Ehrenamtlichen, ohne die das öffentliche Leben Leimens um ein vielfaches ärmer wäre.

In der heutigen Zeit einen kommunalen Haushalt einzubringen, birgt unter den zusätzlichen Belastungen aus der Flüchtlingskrise, den gesellschaftlichen Forderungen für die Kinderbetreuung und der schwindelerregenden Höhe der Schulden des Gesamtkonzerns "Leimen" ein großes Maß an Unsicherheit.

Im Hinblick auf zukünftige Generationen möchte unsere Fraktion nicht mehr ausgeben als an finanziellen Mitteln zur Verfügung steht. Leider stehen wir heute an dem Punkt, dass sich die Mehrheit des Gemeinderats nicht mehr an das gemeinsame oberste Ziel der „schwarzen Null“ hält.

Wir sind ausschließlich zu Investitionen für Maßnahmen in die notwendige Infrastruktur und die Jugend bereit.

In Zeiten höchster Steuereinnahmen auf Grund der derzeit hervorragenden wirtschaftlichen Lage sollten wir in der Lage sein Geld zu sparen und nicht mehr auszugeben als wir einnehmen.

Dem ist leider mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf wieder nicht der Fall.

Auch wenn die Zahlen für das Jahr 2019 mit einer Zuführungsrate von 1.877 Mill auf den ersten Blick gut erscheinen, stellt man bei genauerem Hinsehen fest, dass die Verschuldung trotz Entnahmen aus der Rücklage in Höhe von 4.491 Mill immer weiter zunimmt. Im Jahr 2019 sollen 3,6 Millionen Kredite aufgenommen und ca. 12 Millionen als Verpflichtungsermächtigung beschlossen werden und nach der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2020 bis 2022 weitere 20 Millionen. Bei diesen Zahlen ist das Geld für die neue Schulhofgestaltung der Turmschule und einem eventuellen Ersatzbau für die Musikschule mit konservativ geschätzten Kosten von ca. 2,5 Millionen und die Kosten für den Stromnetzerwerb der Stadt Leimen noch nicht enthalten.

Unter Betrachtung dieser geplanten Investitionen ist spätestens bei einem geringeren Wirtschaftswachstum und damit einbrechenden Steuereinnahmen oder bei Zinserhöhungen der Haushalt dann nicht mehr genehmigungsfähig.

Die seit Jahren angestrebte Ansiedlung von Gewerbebetrieben – die Gewerbesteuer zahlen – stagniert.

Anstatt verstärkte Akquisition zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu betreiben, mietet die Stadt Gewerbeobjekte für den Eigenbedarf – hier sei nur Sanofi Pasteur und Mörikeweg 1 – genannt.



Mit einer solchen Politik schaffen wir es nicht, die viel zu geringen Gewerbesteuererinnahmen zu verbessern.

Daher ist aus unserer Sicht äußerste Sparsamkeit erforderlich.

In den Vorberatungen haben wir vielfältige Einsparvorschläge unterbreitet, die auch in weiten Teilen Mehrheitsfähig waren und von einer ursprünglich geplanten Kreditaufnahme von 8,2 Mill. zum Zeitpunkt der Offenlage und einer bereits durch die Verwaltung reduzierten Kreditaufnahme von 5,3 Mill. zu den nun vorliegenden 3,6 Mill. führen. Für diese konstruktive Zusammenarbeit möchten wir den anderen Fraktionen und der Verwaltung an dieser Stelle danken.

So wird die Sanierung der Kurpfalzhalle in die Jahre 2021 und 2022 geschoben um vorher eine schlüssige zukunftsweisende Planung zu erstellen. Hierfür wurde eine Planungsrate im Haushalt eingestellt.

Die von der Verwaltung gewählten Ansätze für die Geschwister Scholl Schule konnten wegen des zu erwartenden Baufortschritts in Folgejahre geschoben werden.

Auch die Ansätze im Bereich der Digitalisierung konnten durch vorhandene Haushaltsreste erheblich reduziert werden.

Unter dem Gesichtspunkt, dass die Verwaltung mit dem vorhandenen Personal keine 14 Mill. Bauvolumen in einem Jahr umsetzen kann und es sinnvoller ist, einigermaßen gleichbleibende Volumen jedes Jahr zu verbauen, wurden einzelne Maßnahmen auf Folgejahre verteilt.

Aus unserer Sicht gibt es keinen Sinn nun sehr viel mehr Personal einzustellen – wenn man überhaupt qualifiziertes bekommt - und wenn man wie ursprünglich geplant in ein paar Jahren dann wieder deutlich weniger verbaut und dann mit Personalüberhängen zu rechnen ist.

Die Volkshochschule ist und bleibt eines unserer Sorgenkinder. Gemäß dem Schlussbericht 2017 des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Leimen (Seite 30) betrug das Defizit der Volkshochschule im Jahr 2017 80.183,- € und ist das zweithöchste Defizit seit der Übernahme durch die Stadt im Jahr 2007. Dies war eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2014 von 78 %. Dieses Defizit muß aus unserer Sicht erheblich reduziert werden. Das Programm der Volkshochschule zeigt, daß viele Kurse die angeboten werden auch von Vereinen durchgeführt werden und somit zu einem „Ausbluten“ der Vereine führen können (Pilates: Badenia; Aquajoggen: Neptun; Ausgleichsgymnastik für Frauen). Die uns vorliegenden Aufstellungen von 2017 zeigen, dass fast alle Kurse bei Berücksichtigung der Personalkosten (städtische Mitarbeiter) und der Kosten der inneren Verrechnung (Hausmeisterkosten) defizitär sind.

Die FDP – Fraktion ist nach wie vor der Meinung das Angebot der Volkshochschule auf

- Sprachkurse und
- Kurse für Kinder und Jugendliche zu beschränken.

Erwachsene können leicht auf andere Angebote zurückgreifen.

Auf Grund der prekären Finanzsituation der Stadt muss an allen Stellen und in allen Bereichen gespart werden. Hierzu muss auch die Verwaltung ihren Beitrag leisten.

So ist es für uns nach wie vor in keinster Weise nachvollziehbar, warum die Verwaltung für eine ca. 12monatige Übergangszeit während der Sanierung des alten Rathauses in Leimen Fremdräume anmieten muß, obwohl ein über 20 Jahre als Bürogebäude genutztes Gebäude der Technischen Betriebe geräumt wurde und leer stand. Nur die Entscheidung, dass alle Mitarbeiter in einem Haus sein müssen, rechtfertigte aus unserer Sicht nicht diese Mietausgaben.

Wir hätten uns noch größere Einschnitte zur Stärkung der Finanzlage der Stadt Leimen als die jetzt im Haushaltsplan verankerten vorstellen können.

Das Jahr 2017 gestaltete sich haushälterisch entgegen den Erwartungen sehr gut und es konnten gut 10 Millionen der Rücklage zugeführt werden. Dies war jedoch durch einmalige Geldzuflüsse bzw. Forderungen der Gemeindeprüfanstalt bedingt und darf keine neuen Begehrlichkeiten hervorrufen. Die nun geplante Entnahme aus der Rücklage mit 4,6 Mill. ist nur deshalb möglich.

Für alle geplanten Investitionen und hohen Belastungen der Stadt wie z.B. ca. 1,8 Mill. Defizit aus dem Bäderpark, Neubau der Gemeinschaftsschule und Sanierung der Realschule mit 2,7 Mill., Kindergärten und Sportstätten mit ca. 1,1 Mill., für die Bauunterhaltung von städtischen Liegenschaften mit ca. 1,2 Mill. und für Investitionen in Straßen mit ca. 3,2 Mill. müssen nun 2019 4,6 Millionen aus der Rücklage entnommen und weitere 3,6 Millionen an Krediten aufgenommen werden. Somit wird eine weitere Netto-Neuverschuldung von ca. 2,2 Millionen entstehen und wir sind weit weg von unserem gemeinsam bei der Haushaltsklausurtagung benannten Ziel einer schwarzen Null.

Diese Nettoneuverschuldung ist ausschließlich für den Neubau bzw. die Sanierung von Schulen und somit eine Investition in unsere Zukunft. Wegen der Investition in unsere Jugend und damit in unsere Zukunft können wir dem so auch zustimmen.

Aus der mittelfristigen Finanzplanung erkennen wir bei einer geplanten Kreditaufnahme von ca. 11 Mill. in 2020 – vorwiegend für Verpflichtungsermächtigungen aus 2019 in Höhe von 11,9 Mill. und 11 Mill. im Jahr 2021 dass jetzt die Weichen für weitere Konsolidierungen gestellt werden müssen. Ein Haushaltsentwurf mit 11 Mill. Kreditaufnahme ist für uns nicht vorstellbar. Daher ist äußerste Sparsamkeit angesagt.

Die Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung neuer Betriebe in den ausgewiesenen Gewerbegebieten stagniert. Die Hoffnung auf ein interkommunales Gewerbegebiet in vielleicht 5 Jahren kann und darf nicht die Perspektive sein. Schön, wenn es realisiert wird, aber wir haben keine Zeit bis dorthin zu warten. Wir müssen jetzt etwas zur Stärkung der Einnahmeseite tun.

In den Folgejahren werden keine großen Einnahmen aus Veräußerungen entstehen. Viele Einnahmequellen wurden in den vergangenen Legislaturperioden ausgereizt, Steuererhöhungen stehen aus unserer Sicht als alternative Einnahmeerzielungsmöglichkeiten nicht mehr zur Verfügung, ohne die Bürger und lokalen Gewerbetreibenden weiter zu gängeln.

Die Einnahmen aus Wohn- und Geschäftsgebäude - immer wieder ein Thema unserer Haushaltsreden - werden auch 2019 ein Defizit von fast 250 T€ verursachen. Durch den

Verkauf völlig unrentabler Liegenschaften konnte aber ein weiterer Anstieg des Defizites trotz gesunkener Mieteinnahmen verhindert werden.

Der eingeschlagene Weg ist richtig. Wir können uns jedoch hier genauso wie das Rechnungsprüfungsamt weitere Verbesserungen vorstellen. Daher muß der eingeschlagene Weg hier konsequent weiter verfolgt werden.

Die Kinderbetreuung kostet in den Einrichtungen jährlich ca. 11,6 Mill., die durch den Haushalt abzudecken sind. Allein die Personalkosten in diesem Bereich stiegen von 4,2 Mill. im Jahr 2015 auf 5,7 Mill. im Jahr 2018 und werden im Jahr 2019 ca. 6,4 Mill. betragen. Ein Ende dieser Steigerungen ist derzeit nicht absehbar.

Der Runde Tisch zur Rathausplatzbebauung bzw. –gestaltung ist im Konsens mit der Bürgerschaft abgeschlossen. Ein Gemeinderatsbeschluß zur weiteren Vorgehensweise zum Neubau einer Tiefgarage in Verbindung mit einem Stadthaus entsprechend den Ergebnissen des städtebaulichen Wettbewerbs ist gefällt. Die hierfür erforderliche Planungsrate wurde im Haushaltsentwurf eingestellt. Wir hoffen nur, dass eine Realisierung durch die Stadt möglich wird. Dem Bau einer Garage nach dem Vorbild des Bäderparks mit einem Investorenmodell werden wir nicht zustimmen.

Einsparungen sind hier ohne ernsthaft an die Qualität der Ausbildung unserer Kinder zu gehen bzw. einer Verschlechterung des Schulstandortes Leimen nicht möglich.

Unter all diesen Gesichtspunkten stehen wir allen Anregungen zum Sparen anderer Fraktionen offen gegenüber und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit in den Gremien mit der Verwaltung.

Gestaltungsraum bleibt auch mit wenigen Mitteln.

Sie sehen also, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf mit einigen Risiken verbunden ist.

Bei Betrachtung der mittelfristigen Finanzplanung ist ein Ressource sparendes Wirtschaften dringend erforderlich. Und nicht alles, was wünschenswert ist, können und dürfen wir uns auch leisten. Von manch Liebgewonnenem werden wir uns noch verabschieden müssen.

Aber für unsere Fraktion geht der Haushalt in die richtige Richtung. So kommen wir zusammenfassend zum Ergebnis, dass wir diesem Haushaltsentwurf 2019 in der vorgelegten Form zustimmen werden.

Klaus Feuchter  
Finanzpolitischer Sprecher  
FDP-Fraktion